

Der Textil-Arbeiter

Vereinzt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 M., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II
Telephon: Amt VII, Nr. 1078.

Inserate pro 3gepaßte Petitzelle 2 M., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten, Abonnements- und Verbandsgelder sind an
Otto Schröder, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Ausgabe: 107000 Exemplare

Inhalt:

Zur Strecke gebracht. — Die deutsche Stickerei-Industrie und ihre Arbeiter. — Herr Textilwarenfabrikant Jacques Schiefer in Kaditz und sein gemeinnütziges Werk. — Sie appeln in der Schlinge. — Arbeitersinnversicherung im Jahre 1905. — Die Handelskammer zu Schwerin. — Ein Blick in die Kreisföderation vom Jahre 1889, nebst einem Vor- und Nachwort. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Politische Nachrichten. — Soziales. — Vereinsgefechtliches. — Gerichtliches. — Aus Handel und Industrie. — Vermischtes. — Märktestände im Textilgewerbe. — Berichte aus Fachkreisen. — Aux ouvriers de l'industrie textile allemande. — Briefstafette. — Berichtigungen. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungsanzeiger.

Zur Strecke gebracht.

Halalil Es ist erreicht! Die seit Monaten gehobte Sozialpolitik liegt auf der Strecke und Jubelhimmen heulen, springt die in der allgemeinen Sack beteiligte gewesene kapitalistische Prehumeute zum und bellässt den Erfolg. Den Scharfmachern und Feinden sozialer Sozialpolitik in Deutschland ist großes Heil widerfahren: die konservativ-liberale Blockpolitik demaskiert sich. Die „Norddeutsche Alltag“ meldet:

„Wie wir hören, stehen in der Reichs- und der preußischen Staatsverwaltung Veränderungen persönlicher und organisatorischer Natur bevor. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern v. Posadowsky hat seine Abschiedsgespräche mit seinem Vorgänger, dem preußischen Minister des Innern v. Bothmann-Hollweg in Aussicht genommen. Der neue Staatssekretär des Reichsamts des Innern wird gleichzeitig die Funktion eines Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums übernehmen. Ferner wird an die Stelle des austretenden Kultusministers v. Stüdt der Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Holle treten. In das Kabinett des Innern wird der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen v. Molte berufen werden. Schwägerungen schließen darüber, ob sich eine Teilung des Reichsamts des Innern empfiehlt.“

Schon lange hatten die Scharfmacher die Sozialpolitik als eine Art Hindernis bezeichnet, der von dem Grafen Posadowsky so geschlagen wurde, um die Obdidenzenplantagen der Ausbeuter zu zerstören; aber sie konnten nicht so wie sie wollten, um diesen Hindernis zu erlegen. Da kamen die Hottentotentwahlen heran und brachten die bekannte nationale oder richtiger gesagt reaktionäre Mehrheit im neuen Reichstage. Nun schwoll den Feinden Sozialpolitik mächtig der Kampf. Während der Wahlkampagne drückten die Männer der reaktionären Blockpolitik zwar die intensive Förderung der Sozialpolitik versprochen und mächtig auf die Sozialdemokratie geschimpft, die angeblich eine zu wenig positive Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete betrieben haben sollte. Wenn man das so sah und hörte, so hätte man, natürlich nur als Nichtkennner der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland, zu der Annahme kommen können, der neue Reichstag werde überhaupt mit nichts anderem wie mit der Sozialpolitik beschäftigen. Diese Annahme mußte nach verstärkt werden durch die Hochslut von sozialpolitischen Anträgen, Interpellationen und Resolutionen, welche dem neuen Reichstage zugingen.

Doch dem Kenner unserer innerpolitischen Verhältnisse war vollständig klar, daß in dem neuen Reichstage auf sozialpolitischem Gebiete noch weit weniger geschehen werde wie jüher; und der Verlauf der ersten Session des neuen Reichstages hat das vollständig bestätigt. Über die Inszenierung einiger sozialpolitischer Debatten ist der neue Reichstag nicht hinausgekommen. Dafür wurde aber aus Anlaß dieser Debatten, außerhalb des Reichstages, von der gesamten Blockpresse, von der Deutschen Tageszeitung, dem Organe der brotenden Agrarier bis zur Frankfurter Zeitung, dem Prachtröhr der demokratischen Ausbeuter, eine zum Teil offene, zum Teil verdeckte, aber in beiden Fällen nachdrückliche und leidige Hebe betrieben gegen den Mann im preußisch-deutschen Ministerkonzert, der bis jetzt die Flöte der Sozialpolitik gespielt hatte. Graf Posadowsky hat keineswegs immer in diesem Ministerkonzert eine von Mirkonen freie Melodie gespielt, sondern häufig seine schärfste Kritik herausgeföhrt. So beispielweise beim Reichsaufgebot, bei der damit zusammenhängenden 12 000 Marksteife und zuletzt im vorigen Jahre bei dem Gesetz betreffend die Rechtsfähigkeit der Betriebsvereine. Und auch sonst wissen wir, daß er es immer einzurichten wußte, daß er mit dem Konzertkonsert Bernhard v. Bülow, dem agrarischen Reichslandrat, konkurrierte. Er hatte dies erst in der letzten Reichstagsession selbst versichert. Über trocknemal wollen wir nicht unterstellen zuvorzuahnen, daß es dem Grafen Posadowsky nicht an dem Willen und auch nicht an den Fähigkeiten mangelte, in die einzelnen sozialpolitischen Probleme hineinzuarbeiten und daß er im Reichstage oftmals einen ganz gerechten Standpunkt, einen Standpunkt vertrat, der den vollen Beifall der gesellschaftlich organisierten Arbeiter verdiente. Wenn die Sozialpolitik unter der Leitung dieses Mannes so wenig fruchtbar war, lag das nicht an dem jetzt zur Strecke gebrachten Minister, sondern an dem in Deutschland herrschenden System, welches die Sozialpolitik betreibt, sondern nur bekehrt will. Niemand anders als der Graf Posadowsky war es, der in der letzten Session des Reichstages dieses hauptsächliche System selbst bestätigte. Anlässlich der Interpellation des Zentrums, betreffend Fortgang der Sozialpolitik, sagte Graf Posadowsky gleich am Anfang seiner Rede:

Ob Sozialpolitik zu treiben ist oder nicht, darüber sind in der Welt die Ansichten verschieden. Es gibt einen Standpunkt,

dass auch in Deutschland, wenn auch in verschlechterter Form, sich in der Öffentlichkeit hinstellen gelingt, der, wenn er ganz sein Herz entdeckt und ausschlässe, vielleicht erklärt: „Die Sozialpolitik war ein eingeschlossener, voller Schritt; der Kräftige in der Welt wird sich schon selbst behaupten, der Schwache wird untergehen; für den Schwachen muß nur das Notwendigste geschehen, und das hat die Armenpflege zu besorgen.“

Mit diesen Worten ist die in Deutschland heute herrschende Ansicht über die zu betreibende Sozialpolitik aufs treffendste gekennzeichnet. Armensuppelpolitik, aber keine Sozialpolitik wollen die Blockpolitiker treiben! Und da Graf Posadowsky sich dazu nicht hergeben würde, weil er zu weit in die Materie hineingearbeitet ist, die sozialen Schäden an unserem Wirtschaftskörper gut genug kennt, so müßte er bestätigt und ein anderer an seine Stelle gesetzt werden, der sich nun erst den guten Willen und die Fähigkeiten vorausgesetzt, in jahrelanger Arbeit eine Fähigkeit suchen muß. Wir wollen die Person des neuen Ministers v. Bothmann-Hollweg einmal ganz außer acht lassen, wir wollen ganz außer acht lassen, daß dieser Mann bisher preußischer Polizeiminister war, was jedenfalls schon genug besagt. Wir wollen außer acht lassen, daß dieser Mann ein starker Gegner des allgemeinen Wahlrechts ist, was bei den Fragen über die gesetzliche Anerkennung der Gleichberechtigung im Arbeitsverhältnis für einen Minister der Sozialpolitik immerhin von weittragender prinzipieller Bedeutung ist. Wir wollen es ferner dahingestellt lassen, ob jene Kreise gesetzt haben, die an Stelle eines Ministers für Sozialpolitik, einen Minister gegen Sozialpolitik haben wollen, alles dies mag vorerst unberücksichtigt bleiben, aber trotzdem steht fest, daß die Beseitigung Posadowsky im gegenwärtigen Moment auf jeden Fall eine wesentliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes ist.

Doch dies so kommen würde, haben wir vorausgesagt. Man lese den Artikel: „In den letzten vier Jahren bewährten sich an den Reichstagen, nach den wir anlässlich der Eröffnung des Reichstages brachten. Bei einer Aufmerksamkeit hätte der sozialpolitische Schwund der Blockpolitiker schon während der Wahlkampagne den Arbeitern kenntlich werden müssen; denn an Erkennungszeichen dafür, daß alle die von den Blockpolitiken gehaltenen Reden über die zukünftig zu betätigende Sozialpolitik nichts anderes wie drescher Schwindel waren, hat es nicht gefehlt. Als Beweis dafür nur eins: Man warf der Sozialdemokratie seitens aller bürgerlichen Parteien, das Zentrum eingeschlossen, vor, sie treibe eine zu weite positive Sozialpolitik. Und welche Beweisgründe gab man dafür an? Nun, man sagte, die Sozialdemokratie verlange zuviel auf sozialpolitischem Gebiete. Ist das nicht lächerlich? Positive Arbeit auf sozialpolitischem Gebiete leistet man also, wenn man nunig Sozialpolitik fordert und die logischerweise positive sozialpolitische Tätigkeit entfalten demnach diejenigen, die gar nicht fordern. Nur ja, wir geben an, für diejenigen, denen jede Sozialpolitik ein Grauel ist, ist es die Unfähigkeit, die positive Tätigkeit und die Blockpolitiker blieben sich nur konsequent wenn sie nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahl darauf hinwirken, diese positive Tätigkeit möglichst zu fördern. Und diese „positive Tätigkeit“, auf sozialpolitischem Gebiete nichts zu tun, konnte man am besten fordern, wenn man an die Stelle eines Ministers für Sozialpolitik einen solchen gegen Sozialpolitik setzte.“

Dass die Änderung in der Verwaltung des Ressorts der Sozialpolitik nur eine Konsequenz des Ausfalls der letzten Reichstagswahl ist, daß entsprechend der reaktionären Mehrheit eine gründliche Schwundung nach rechts vorgenommen wird, leuchtet ohne weiteres ein, und die nächste Zukunft wird darüber keinen Zweifel lassen. Der „Berliner Volksanzeiger“, bekanntlich dasjenige Blatt, welches sich rühmt, daß es dem Kaiser vorgelegt werde und welches in der letzten Zeit aus halboffiziösen Quellen gespeist wurde, schreibt in der Sonntagsnummer vom 28. Juni 1907 aus Anlaß des Ministerwechsels folgendes:

„Schon im März d. J., als die innerpolitische Situation sich durch den Ausfall der Reichstagswahl von Grund aus verändert hatte, tauchte das Gerücht auf, daß die Stellung des Grafen Posadowsky erschüttert sei.“

Damit wird rund heraus bestätigt, daß, da durch den Mandatsauswurf der Reaktion die innerpolitischen Verhältnisse von Grund aus verschoben wurden, der Minister für Sozialpolitik unmöglich war, der Minister gegen Sozialpolitik an seine Stelle treten mußte.

Bezeichnend bei all diesen Vorgängen ist jedenfalls die struppenlose Art und Weise, mit welcher die Hebe gegen die Sozialpolitik betrieben wurde.

Der große Schleissstein der ostelbischen Junker, die „Schlesische Zeitung“ mit dem preußischen Wappentier an der Stirn, begann den Krieg. In einem Artikel: „Sozialpolitik?“ warf diese Zeitung die Frage auf, was denn eigentlich Sozialpolitik sei. Sie verwies dabei auf Frankreich und England, dabei betonend, daß diese Länder keine solche Sozialpolitik betrieben, wie Graf Posadowsky, und dem Stande ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach zu urteilen, nicht schlecht dabei gefahren seien. In der deutschen Bürgerschaft zum Teil sogar schon in der Arbeiterschaft, hätten sich die Ansichten über die Allheilkraft der staatlichen Fürsorge gerade in den letzten Jahren wesentlich geändert. Wenn man das sieht, so kann man zu der Ansicht kommen, dieses Brüderblatt stehe hier auf Seite der organisierten Arbeiter. Die Sache bekommt aber ein ganz anderes Gesicht, wenn man die folgenden Ausführungen desselben Artikels liest:

„Bleibst du in Deutschland den Standpunkt, daß die parlamentarischen Parteiführer nicht mehr den Lebensbedürfnissen weiter bürgerlicher Kreise entsprechen, indem sie auf eine Beschränkung der Sozialpolitik, betreffend Fortgang der Sozialpolitik, siedeln.“

mit einem wahren Labinensturz von Anträgen überschütteten. Wir haben dafür ein mit Händen greifbares Beispiel: Die demokratische Sozialpolitik, welche das Zentrum treibt, um im Westen den Sozialdemokraten einiger industrieller Wahlkreise streitig zu machen, ist unser vorwiegend aus ruhigen Bürgern bestehenden östlichen Zentrumswählern durchaus kein Lebensbedürfnis; sie läuft ihren wirtschaftlichen und sozialen Interessen sogar direkt entgegen.“

Nebenbei bemerkt, eine recht auffallende Charakterisierung der sozialpolitischen Gechlecht des Zentrums. Daz man in den Kreisen des Zentrums genau so denkt wie die Hintermänner der „Schl. Blg.“, das mag die „Niederrheinische Volksstimme“, das Blatt der im Kriegston angebundenen rheinischen Agrarier, bezeugen. Sie schreibt:

„Graf Manly äußerst lärmend im Reichstag, die Arbeiterversicherungsgesetze hätten einen demoralisierenden Einfluß ausgeübt. Wir fürchten, der Mann hat recht. Die Aussicht darauf, daß man bei jedem kleinen Leibesgeschädigten eine öffentliche Unterstützung aus Krankenkassen beziehen kann, übt in der Tat einen sehr verhängnisvollen Einfluß auf schwache Charaktere aus. Es ist jedem, der mit Krankenkassen zu tun hat, bekannt genug, daß es Leute gibt, die es sich förmlich zum Beruf machen, diese Kassen auszubuten. Es ist ein gefährliches Simum, in dem man herangezogen werden. Wer heute zu Schaden kommt, spricht einfach: Jetzt ist es eine Pflicht, mich zu erhalten. Die Selbstverantwortung des Menschen hat aufgehört. Es hat jeder das Recht, für seine Verschulden andere verantwortlich zu machen und anderen die Kosten für seine Schulden aufzuladen. Dies allein schon ist ein Umstand, der dem modernen Verkehrsweise eine demoralisierende Wirkung verleiht. So gut alle diese Gesetze gemein sind, so können sie doch in einem moralisch herabgewickelten Klima nur zu einem moralischen Verfall führen. Zug die diese arbeiterfreundliche Sozialpolitik, wie manche Leute meinen, zur Vorsicht der Massen beträgt, davon merkt man im praktischen Leben nichts. Am Gegen teil ist der Übermut und die Unzäglichkeit gewisser Elemente nur gesteigert worden.“

Gewiß ist es richtig, wenn die „Schl. Blg.“ sagt, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Frankreich und England nicht hinter denen in Deutschland zurückstehen, auch wenn keine Posadowsky'sche Sozialpolitik dort getrieben wird. Richtig ist ferner, daß in Deutschland schon viele Arbeiter ihre Ansichten über die Allheilkraft dieser Wasseruppen-Sozialpolitik geändert haben; nur vergiß das Blatt, die Gründe für beide Erscheinungen anzugeben. Die organisierten Arbeiter in Deutschland pflegen auf die ganze soziale Wasseruppenpolitik, wenn man ihnen die staatlichen Rechte gewährt, welche die englischen und französischen Arbeiter besitzen. Es ist, unerträglich, daß man die sozialen Koalitionsrechte, nicht verfüllt durch Erschließungsparagraphen, Klassenjustiz und Polizeiwillkür. Ein wirklich freies Vereins- und Versammlungsgesetz, nicht versäumt durch solche Schikanen und Saalabreihen, wie sie der aufsehenerregende Prozeß in Bochum über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes durch die Polizei in Recklinghausen i. W. zuletzt gefordert hat. Keine die Gunst bereichernde Vor- und Lebensmittelwirtschaft ist usw. Aber davon wollen ja die Hintermänner der „Schlesischen Zeitung“ erst recht nichts wissen. Den Arbeitern ist es, soweit sie zum Nachdenken gekommen sind — und die letzten Jahre waren ja ganz besonders dazu angelandet —, längst klar geworden, daß durch die sozialpolitische Gesetzgebung, insbesondere durch die Versicherungsgesetzgebung, ihre soziale und wirtschaftliche Lage nicht aufgebessert wird. Nicht nur auf dem Gebiete der Gesetzgebung, sondern auch auf demjenigen der Verwaltung ging und geht es rückwärts. Man sieht sich nur einmal die Handhabung des Invalidenversicherungsgesetzes an. Nur eins sei herausgegriffen: die jährliche Bewilligung der Renten. Nachfolgende Tabelle mag den Kreisgang veranschaulichen. Es wurden Invalidenrenten bewilligt:

Im Jahre 1901 = 180 480
„ 1902 = 142 780
„ 1903 = 152 862
„ 1904 = 140 092
„ 1905 = 122 868
„ 1906 = 110 960

Bis zum Jahre 1908 seien wir die Zahl der Renten alle Jahre steigen, nach dem Jahre 1905 aber fällt die Zahl von Jahr zu Jahr und ist im Jahre 1908 um rund 42 000 niedriger wie 1903. Im Jahre 1903 schießt die wiederum von den Agrarier betriebene Agitation für Verminderung der Invalidenrente ein. Untersuchungskommissionen wurden ins Reich gesandt, um die Reichstrentner dahin zu prüfen, ob ihre sozialen Verhältnisse auch eine derartige sei, daß sie zum Empfang der Rente berechtigt seien. Das Ergebnis davon war, daß viele Arbeiter ihrer bisher bezogenen Rente verlustig gingen, und bei den neu beantragten Renten wurde, wie man sagte, eine „sorgfältige“ Prüfung der einzelnen Details vorgenommen. Wie so eine „sorgfältige“ Prüfung aussieht, dafür ein Beispiel. Die Breslauer „Volkswoche“ brachte darüber folgenden Bericht:

„Ein fleißiger Knopfarbeiter war bereits seit Monaten krank und völlig erwerbsunfähig, weshalb er etwa im Frühjahr des Jahres Anspruch auf Gewährung einer Invalidenrente erhob. Sein Anspruch wurde aber von der Landesversicherungskasse Schlesien in deren Bescheid vom 20. Oktober unter der Begründung zurückgewiesen, daß er nach dem Ergebnis der angestellten Ermittlungen, insbesondere der ärztlichen Untersuchung, noch in stande sei, durch Arbeit den gesetzlichen Mindestlohn von 250 M. jährlich zu verdienen. Die untere Verwaltungshöfe und deren Besitzer seten derselben Ansicht.“

Der Arbeiter wandte sich nun mehr an das hiesige Arbeitersektorial und wurde gegen den Bescheid vor Landesversicherungsamt: Prüfung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung eingeladen. Der Berufung wurde ein ärztliches Gutachten des Herrn Dr. Gellner beigelegt, der an dem Arbeiter nicht weniger als fünf schwere Erkrankungen festgestellt hatte. Aus dem Wortlaut des Urteiles führen wir an:

- Chronischen Magenleid, Zittern der Hände.
- Herzmuselerkrankung (myocarditis). Der Puls ist klein und sehr frequent, 120—180.
- Chronischen Lungenleid. Der Lungenhals ist über dem rechten oberen und mittleren Lungenlappen matt.
- Chronische Leberentzündung; das Organ ist erheblich vergrößert.
- Chronische Nierenentzündung; der Harn ist stark eitelig-haltig.

Das Krankere berät die erwähnten schweren Leiden. Untersucher ist stark abgemagert und die Muskulatur geschwunden.

In Schul steht noch die Beurteilung:

wird voransichtlich nicht mehr lange leben!"

Hierher passen die Worte der "Schlesischen Zeitung", wenn sie in dem die bisherige Sozialpolitik kritisierenden Artikel sagt: „Unser deutscher Nationalcharakter will immer das Beste und verliert darüber oft das Gute.“ Ja, ja, so ist es, und weil es so ist, deshalb kosten immer weniger deutsche Arbeiter auf die magere sozialpolitische Brüche.

Da nun im Meidkant des Innern der Personenumschwung vorgenommen wird, können auch diejenigen Arbeiter, welche noch immer einen Hoffnungsschrei auf die sozialpolitische Gesetzgebung legten, alle Hoffnungen fahren lassen. Nun wird die Spezis von Sozialpolitik in Angriff genommen werden, welche die Schärmacher und Deutepolitiker verlangen. Der Weg dafür ist schon vorgezeichnet. Die "Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer" hat schon folgende Eingabe an den Reichstag gerichtet:

"Die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung hat es nicht vermocht, Zufriedenheit in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung herzubringen und die Umsturzbewegungen einzudämmen."

Es ist anzustreben:

- Die Verschmelzung der drei Arbeiterversicherungsgesetze (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung), die Vereinheitlichung und die Verbesserung ihrer Verwaltung sowie die Vereinfachung des Streitverfahrens.
- Eine ausgiebige Erziehung der in der Allerhöchsten Hofshof vom 17. November 1881 indizierten indirekten Steuerquellen in Verbindung mit den von ihr betonten Repressivmaßregeln gegen die gemeinfährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Um diese beiden Voraussetzungen ist die sozialpolitische Fürsorge, zumal in der Gestaltung, welche sie angenommen hat, als dem Sinne der Allerhöchsten Hofshof vom 17. November 1881 widersprechend, und den Zweien und Zielen derselber zu widerlaufen anzuzeigen.

Also, deutscher Michel, mach den Buckel raus und zieh die Hosen stramm, die gnädigen Herren von und "wozu" werden geruhen, die sozialpolitische Kneute auf deinen abgeraderten und ausgebeulten Körper zu schlagen. Und damit du bei den dadurch entstehenden Schmerzen gute Wonne zum bösen Spiele machst, wird man gernhin, die einige Fudererken zu reichen. Stattdessen des geschildeten Beinhundertages wird man ein neues Arbeitnehmergesetz, anstatt der geplünderten Regelung der Heimarbeit einen weiteren Ausbau des indirekten Steuerystems in Angriff nehmen.

Nicht der Schuh der Gehandlung, der in den Fabriken verkommenen Arbeiter ist die erste Sorge unserer nationalen und staatserhaltenden Politiker, sondern die Sicherung der Überlegenheit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt.

Nicht die Schaffung und gesetzliche Anerkennung der Gleichberechtigung im gewerblichen Arbeitsverhältnis wird die zukünftige Sorge der konserватiven Ungnade wirtschaft sein, sondern alle staatlichen Einkunftsziele auszunützen, um jene Disziplin in den Fabriken zu schaffen, auf welcher der Militärstaat Deutschland beruht.

Kollegen und Kolleginnen, der Ministerwechsel, den hier das Sprachrohr der Regierung, die "Nordd. Allg. Blg.", ankündigt, bestätigt nun mehr jeden Zweifel darüber, daß von nun an eine vollständig reaktionäre Politik getrieben werden wird. Die Sieger der Hollerottwahlen verleugnen ihre Natur nicht. Sie wollen und werden ihren Sieg über das Volk, den sie dank der Reichtumslösigkeit des Volkes errungen haben, ausnutzen. Und da wir wissen, daß bei Gott und in Preußen-Deutschland alles möglich ist, so gilt es nun mehr, allerorts Alarm zu schlagen, um das Volk zu ermahnen, auf seiner Hut zu sein.

Zu der ersten Reichtumslösigkeit bei den Wahlen darf nicht in zweite, die Sorglosigkeit, treten. Überall sind vielmehr die Arbeiter auf diese bedeutsamen Vorgänge und auch darauf hingewiesen, daß das Ziel der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und politischen Lage vorerst vollständig nur in ihrer Hand, d. h. in der strengen Organisation der Arbeiter liegt. Wer jetzt seiner Organisation untreu wird, wer jetzt nicht alles tut, um die Reihen der Organisation zu verstärken, der fördert die Interessen der ausbeutenden und vom Wucher lebenden Reaction.

Arbeiter! Kollegen! Seid auf der Hut und sorgt dafür, daß Ihr für alle Eventualitäten jederzeit gerüstet seid, damit man euch später nicht einmal mit Recht die Worte Mephistopheles entgegenhalten kann:

"Den Teufel spürt das Völken nie
Und wenn er es beim Kragen hätte."

Die deutsche Stickerei-Industrie und ihre Arbeiter.

Gewaltige Rüstungen werden von den Unternehmern der Stickereiindustrie gegen die Arbeiter und dagegen unternommen, daß den in dieser Industrie noch sehr zahlreich beschäftigten Gewerbeleuten ein gesicherlicher Schutz ihrer Arbeitskraft zuteil werde. Wie der "Confessionair" berichtet hat, hat sich ein "Verein deutscher Stickerei-Großfabriken" gebildet, dem auch die Grossisten, d. h. die großen Abnehmer der Waren, angehören. Der Verein — so heißt es — wurde hauptsächlich gegründet, um zum Heimarbeiterschutze und zur Lohnbewegung der Stickereiarbeiter Stellung zu nehmen. Wie diese Stellungnahme aussieht, kann man sich ja sehr leicht denken, wenn man hört, daß, wie die "Capisserie", Spitten- und Posamentenzeitung ausführt, der Verein eine Rüstung sein soll.

Die deutschen Stickereiarbeiter könnten natürlich diese neue Erscheinung nicht unbedacht vorübergehen lassen; sie konnten das um so weniger, da bekannt wurde, daß auch der Fabrikantenverein der Sachsenischen Stickerei- und Spitten-Industrie in Plauen i. Vogtlande am 29. Mai 1907 im Centralhotel in Plauen im allgemeinen denselben Standpunkt vertreten hatte, wie der Verein einer Rüstung sein soll.

Um nun auch ihrerseits eine Rüstung zu schaffen, in der es ihnen möglich sei, ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten, bildeten es die Stickereiarbeiter für notwendig, einmal Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Stickereiarbeiter und Arbeiterinnen anzustellen.

Wir haben in Deutschland zwei Centren, Berlin und Plauen i. B. mit Umgebung, wo die Stickereiindustrie im großen Umfang betrieben wird. Während beide Produktionsgebiete zusam-

menhander gemein haben, daß die Haushalte mit allen ihren sozialen Schäden in ausgedehntem Maße betrieben wird, geht sonst die Produktionsweise in den beiden Bezirken weit auseinander. Namenslich ist es im Vogtlande das "Wirtschaftsmuster" welches der Produktionsweise den Stempel aufdrückt und sich zu einer ernsten Gefahr für die Existenz der Stickereiarbeiter ausgewandert droht. Wir haben in Plauen und Umgebung ganz eigenartige Arbeitsverhältnisse. Zunächst besteht der Konkurrenzkampf zwischen den Haushalten und den Schiffchenstickern.

Die Leistungsfähigkeit der letzteren ist gegenüber denjenigen der Handstickmaschinen ganz enorm gesteigert worden,

und wie wir bereits in Nr. 19 des "Textilarbeiter" in der

zweiten Hälfte haben; in Wirklichkeit wird sich der Gewinn noch höher stellen.

Nun kommt aber hinzu, daß die Löhne für die Lohnsäcke keineswegs überall gleich sind. Die Organisation der Textilarbeiter hat durch eine eingehende statistische Aufnahme den Lohnunterchied für eine und dieselbe Arbeit festgestellt und durch nachfolgende Zusammenstellung des Ergebnisses den Beweis erbracht, daß die Löhne bei den einzelnen Artikeln um 5 bis 40 Proz. differieren.

Laut der Fragebögen, welche aus den Betrieben der einzelnen Orte eingefüllt wurden, werden für die in der Tabelle verzeichneten Artikel an die Lohnsäcke stets die hinter den Artikeln angeführten Löhne pro 1000 Stück bezahlt.

Artikel	1/4 Rapport								1/4 Rapport								Differenz	Range	Artikel	1/4 Rapport							
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25		
1. Lust, glatt	14	14½	15	15½	16	17	18	20	220%	14½	16	18	—	—	—	—	—	—	—	19%	18	20	10%	10%			
2. Lust, mit	14	15	15	15½	16	17	18	—	80%	15½	16	18	—	—	—	—	—	—	—	18%	19	22	13%	13%			
3. Mansoc. Camb. Vor.	14	16	15	17	18	20	—	—	80%	15½	16	22	24	—	—	—	—	—	—	22	26	16%	16%				
4. Mansoc.	15	16	17	17	17½	20	—	—	25%	17½	22	—	—	—	—	—	—	—	—	20%	—	—	—	—			
5. Seide	18	20	24	—	—	—	—	—	25%	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
6. mit	22	25	—	—	—	—	—	—	120%	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
7. Seidenmutterlein	17	22	—	—	—	—	—	—	22%	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
8. Kunstleder	15	24	25	—	—	—	—	—	40%	17	18	22	25	—	—	—	—	—	—	32%	—	—	—	—			
9. " Lust	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17	18	—	—	—	—	—	—	—	50%	24	—	—	—			
10. Till	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18	19	—	—	—	—	—	—	50%	—	—	—	—			
11. Glanzgarn	14	16	16	17	18	20	—	80%	15½	16	16½	20	22	—	—	—	—	—	—	20%	—	22	—	—			
12. Schnurarbeit	14	16	—	—	—	—	—	12%	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	22	0%	0%				

dische Stickmaschinenfabrik A.-G. eine Schiffchenstickmaschine hergestellt, welche mit automatischen Webapparaten ausgestattet ist und zu gleicher Zeit vier Spulen zu 6½ Meter bestickt. Mit den bisherigen Schiffchenstickmaschinen werden nur zwei Spulen bestickt; die Leistung der Maschine wird also verdoppelt. Bisher ist allerdings noch keine dieser Maschinen im Betrieb; aber es ist mit ihrer Einführung bestimmt zu rechnen. Nun vergegenwärtige man sich aber einmal die Situation, die eintritt, wenn eine solche einschneidende Umwandlung in der Produktionsweise sich vollzieht. Man muß da alles in allem in Betracht ziehen. Um diese Situation für die Arbeiter, ja für die Zukunft der ganzen Stickereiindustrie des Vogtlandes richtig würdigen zu können, muß man die eigenartigen Verhältnisse im Produktionsprozeß jener Industrie kennen. Eine ungefähre Vorstellung über die voraussichtliche Wirkung einer solchen technischen Umwandlung kann man sich schon machen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der vom Fabrikanten an die Schiffchenstickmaschinenbesitzer gezahlte Lohn pro 1000 Stück etwa 10 Proz. des Lohnes bestimmt, den die mit Handstickmaschinen ausgerüsteten Sticker bekommen, und doch bleibt der Verdienst der letzteren, weil sie eben mit den Handstickmaschinen bedeutend weniger mal 1000 Stück machen, hinter dem Lohn der Schiffchenstickmaschinenbesitzer zurück.

Wir sprechen hier mehrheitlich von Schiffchenstickmaschinenbesitzern. Da diese Abhandlung hier zur Information für den ganzen Verband geschrieben wird, so wollen wir etwas näher auf diese Bezeichnung eingehen. In den Spinnereien und Webereien, die mechanisch betrieben werden, gehören die Maschinen in der Regel dem Unternehmer, der die Arbeiter, die er selbst einstellt, an diesen Maschinen arbeiten läßt. Auch die Fabrikräume gehören in der Regel dem Unternehmer. In der Stickereiindustrie des Vogtlandes, namentlich in der Schiffchenstickerei, liegt die Sache viel anders. Hier haben wir auch hier Unternehmer, welche Schiffchenstickmaschinenbesitzer an eigenen Maschinen, die in eigenen Werkstätten stehen, arbeiten lassen; daneben gibt es aber auch Stickereifabrikanten, die viele eigene Maschinen haben. Diese vergeben ihre Arbeit an die Schiffchenstickmaschinenbesitzer, und diese Besitzer der Schiffchenstickmaschinen arbeiten entweder selbst oder lassen fremde Arbeiter an ihren Maschinen, welche teils in eigenen, teils in gemieteten Arbeitsräumen stehen, die von den Fabrikanten erhaltenen Arbeiten ausführen. Wir haben also in dem Produktionsprozeß in der Stickerei mit Schiffchenstickmaschinen folgende Faktoren im Auge zu behalten:

- den Lohnsäcker;
- den Schiffchenstickmaschinen-Besitzer als Einzelsticker;
- den Schiffchenstickmaschinen-Besitzer als Zwischenmeister;
- den Fabrikanten ohne eigene Maschinen;
- den Fabrikanten mit eigenen Maschinen.

Der Lohnsäcker, das ist also der Arbeiter, der entweder bei dem Fabrikanten, der eigene Maschinen hat, oder der an den Maschinen des Zwischenmeisters gegen keinen Lohn arbeitet. Der Schiffchenstickmaschinenbesitzer als Einzelsticker ist ein Sticker, der eine eigene Schiffchenstickmaschine, die 2—3000 Mt. kostet, besitzt und der an dieser ihm gehörigen Maschine für einen Fabrikanten arbeitet. Er bekommt pro 1000 Stück eine bestimmte Summe, wonach er das Garn, die Helferarbeiterin und sonstige Betriebsuntersetzung (elektr. Kraft, Werkstattmittel usw.) bezaubt muss. Der ihm noch Abzug dieser Kosten verbleibende Betrag ist der Lohn für seine Arbeit. Nehmen wir an, der Einzelsticker bekommt einen Auftrag, wofür ihm pro 1000 Stück 65 Pf. bezahlt werden. Die Wochenleistung der Maschine wäre 200 000 Stück. Der vom Fabrikanten gezahlte Abzug beträgt also 200×65 Pfennig = 130 Mt. Davor kommen in Abzug:

- Für Garn etwa 25—Mt.
- eine Helferkr. 18,—
- Wohnungsmiete Betriebskraft usw. 10,—

Das macht zusammen 68 Mt. aus. Rechnet man reichlich, so kann man etwa 50 Proz. des vom Fabrikanten gezahlten Betrages für Unterkosten rechnen, während die anderen 50 Proz. = 65 Mt. den Lohn des Einzelstickers ausmachen.

Nun kommen die Zwischenmeister. Unter diesen gibt es solche, die wie der Einzelsticker an einer ihrer Maschinen mitarbeiten. Letzteres geschieht aber in der Regel nur, wenn der Zwischenmeister nur

Leute dürfen sich die Lohnsticker und die Hölzlarbeiterinnen nicht belästigen. Diese Leute verfolgen ganz andere, und wie wir gesehen haben, Argenblidsinteressen. „Nach uns die Sintflut!“ So heißt es auch bei jenen schon. Sie wollen das Eisen schmieden, solange es heiß ist. Die Arbeiter aber haben an ihre Zukunft zu denken; und wie traurig diese vor ihnen steht, das haben wir vorstehend gesagt.

Es war deshalb gewiss an der Zeit, daß sich die Stickerarbeiter des Vogtlandes aufmachten, um Umschau in ihren Reihen und im Arbeitsverhältnis der Stickerarbeiter zu halten. Zu neun denn 400 Betrieben wurden Fragebögen gefaßt, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dagegen zu erforschen. Leider sind diese Fragebögen nicht alle wieder eingefordert worden. Aber immerhin gelüftet die eingeforderten Bogen schon einem zur Beurteilung der Verhältnisse ausreichenden Einblick. Die Stickerlöhne waren wie vorstehend schon mitgeteilt, auch die Differenz in den Lönen für die Hölzlarbeiterinnen. Bezuglich der letzteren ist noch zu bemerken, daß die Arbeitsverhältnisse hier ganz verschieden liegen. An manchen Maschinen befindet sich nur eine Arbeiterin, in anderen sind deren zwei zur Hölzleistung beschäftigt. Wo bei Arbeiterinnen angestellt sind, schwankt der Lohn von 7 bis 5 M. Die Arbeit des Stickers sowohl wie die der Hölzlarbeiterinnen ist eine sehr intensive und nervenstärkende, welche durch das vielfach bestehende Antreibersystem der Zwischenmeister noch aufreibender wird. Anstatt daß nun als Ausgleich für diese intensive Arbeitsweise eine kürzere tägliche Arbeitszeit bestehen sollte, sehen wir gerade das Gegenteil. Elf und zwölf Stunden täglich wird in den meisten Betrieben gearbeitet. Auf den Fragebögen wurden folgende Angaben gemacht:

Es betrug die tägliche Arbeitszeit

in 2 Betrieben	12 Stunden
• 64 "	11 "
• 8 "	10½ "
• 4 "	10½ "
" 4 "	10 "

Auf dem Lande draußen ist die Arbeitszeit vielfach noch länger. Und sind Fälle bekannt geworden, wo von 6 Uhr früh bis 9 Uhr abends und noch länger gearbeitet wurde. Und die Arbeiterinnen, die doch höchstens 11 Stunden möglich und nicht nach 8½ Uhr abends arbeiten sollen, mußten so lange mitarbeiten; ja nicht nur Arbeiterinnen, sondern auch die Kinder werden so lange ausgebaut.

Wenn man sich das vergegenwärtigt, so wird einem schon verständlich, worum die Unternehmer nichts vom Heimarbeiterschutz wissen wollen.

In 88 Fällen, in denen angefragt wurde, ob bei Arbeitsmangel keine Entschädigung gezahlt werde, wird die Frage mit „Nein“ beantwortet. Das ist ebenfalls bezeichnend für die ungünstigen Verhältnisse, welche sich bereits herausgebildet haben und welche nur eine Folge der in der Heimarbeit verkrüppelten abnormäßig betriebenen Produktionsweise ist.

In 45 Fällen werden Abzüge vom Lohn gemacht. Diese Abzüge beginnen bei 20 Pf. und gehen bis zu ½ des Lohnes an. Auch für zerbrochene Nadeln werden noch Abzüge gemacht. Eine Rundungsfrist besteht auch nicht in allen Fällen. In 54 Fällen war kein Garderobenraum vorhanden; sogar Trinkwasser fehlte in 18 Fällen. Gelegentlich war in 25 Betrieben nicht vorhanden und in Betrieben mangels. Aborte waren in drei Betrieben nicht Geschlechter getrennt. In 4 Betrieben wird über schlechte Behandlung geklagt. Auch schlechtes Material muß vielfach erarbeitet werden. Darauf entsteht den Sticken natürlich ein Lohnausfall, der bis ½ des Lohnes ausmacht.

Es sieht also schon windig genug aus und wir können nur niederholen: es ist die höchste Zeit, daß die Stickerarbeiter ihre bisher an den Tag gelegte Sorglosigkeit abstreifen und energisch ihr Werkzeug rütteln, um eine stramme Organisation zu runden.

Dieser Tage hat denn auch schon eine Besprechung, an der fast alle Orte des Vogtlandes beteiligt waren, stattgefunden, zweiter Satz der einschlägigen Schritte. In sehr eingehenden Verhandlungen, auf welche wir in nächster Nummer zurückkommen werden, wurde der Weg vorgezeichnet, auf welchem der Vormarsch zur Sammlung angetreten werden soll.

Die Handsticker, welche auch anwesend waren, beschlossen, für sich eine besondere Besprechung abzuhalten, um den Schiffchensticker auf dem von diesen eingeschlagenen Wege folgen zu können.

Es wurde auf der Schiffchenstickerkonferenz ein Einheitstarif für das ganze Gebiet der vogtländischen Stiderei aufgestellt, den wir ebenfalls in nächster Nummer zum Abdruck bringen werden, der insbesondere eine Verbesserung für die Hölzlarbeiterinnen vorstellt und für dessen Einführung die Stickerarbeiter des Vogtlandes in umfassender Agitation gewonnen werden sollen. Goll das Werk elingen, muß endlich eine geschlossene Phalange der Stickerarbeiter und Arbeiterinnen geschaffen werden. Man nehme sich in Vorbild an der ausgezeichneten Organisation, welche sich die Stickerarbeiter und Arbeiterinnen in Graslitz (Böhmen), wo die Besprechung stattfand, geschaffen haben. Die Organisation der Fabrikanten, von der wir eingangs dieses Artikels sprachen, richtet sich ausgesprochenweise gegen den Deutschen Textilarbeiterverbund. Das ist das beste Zeichen dafür, daß die Fabrikanten diese Organisation zu fürchten haben, sobald die Mehrzahl der Stickerarbeiter und hauptsächlich der Stickerarbeiterinnen dieser Organisation beitreten. Man nehme sich am Beispiel an dem Vorgehen der gut organisierten Tambourierer in Plauen. Diese haben einen Tarifvertrag mit den Unternehmern abgeschlossen, um einigermaßen geordnete Zustände zu schaffen. Was jene konnten, können auch die Stickerarbeiter.

Herr Tricotwarenfabrikant Jacques Schiefer in Radolfzell und sein gemeinnütziges Werk.

Herr Tricotwarenfabrikant Jacques Schiefer in Radolfzell, einem kleinen badischen Städtchen am Bodensee, ist nicht nur ein sehr reicher, sondern, wie wir aus seinem nach außen gekommenen Kündigungsbürgen ersehen können, auch ein sehr vermögender Mann. Dieser mit Glücksgütern sehr reichlich gesegnete fromme Mann kann eines Tages des langen und breiten darüber nach, wie er wohl diese seine Glücksgüter am besten anbringen könne, um nicht nur sich, sondern auch andere Menschen glücklich zu machen. Die Göttin Fortuna hatte ihm nicht nur in Radolfzell, sondern auch in den beiden badischen Städten Engen und Stockach je eine Tricotwarenfabrik zur Verfügung gestellt, damit er von hier aus die Glückseligkeit weit in die Landschaften ausstrahlen lassen könnte. Und Herr Jacques Schiefer ist ein Mann von Talent; ein Mann, der trotz aller Enttäuschungen, die er mit seinem „sozialen“ Werk erlebt, immer wieder mit frischem Mut ins Werk ging, um das ins Auge gesetzte Ziel zu erreichen. Die größte Schwierigkeit, die Herr Jacques Schiefer zu überwinden hatte, bestand darin, daß sie sonderbarer Weise nicht genug Menschen finden wollten, um die Glückseligkeit des gemeinnützigen Werkes von Herrn Jacques Schiefer auf sich einzubringen zu lassen. Die Vermöhnung des badischen Gegegenstand ist zwar keineswegs allein Glücksgütern so reichlich gesegnet, daß sie nicht notwendig hätten, auf den Straßen der Glückseligkeit auszugehen, welche von dem sozialen Werk des Herrn Jacques Schiefer aus erstrahlt. O nein! Am liebsten Teil von ihnen lebt recht hummerisch und beschleunigt.

Und Herr Jacques Schiefer wurde immer nachdenklicher. Der Segen seines Werkes verneigte sich zwar immer mehr, aber Herr Jacques Schiefer empfand noch nicht das, was man die Glückseligkeit nennt. Noch standen in den einzelnen Fabriken, welche gleichsam die Strahlenreflexe der Glückseligkeit sind, viele Maschinen leer; und die von diesen Maschinen gespendete Glückseligkeit ging verloren. Das bedrückte das summervolle Herz des Herrn Jacques Schiefer, und da die Menschen aus der Umgegend von Stodach in ihrer Verlottheit die Segenssende hartnäckig ausschlügen, Herr Jacques Schiefer aber ebenso hartnäckig daran festhielt, die drei segenspendenden Objekte in Radolfzell, Engen und Stodach weiter wirken zu lassen, so kam er zu dem Entschluß, einige Sendboten in fremde Länder zu senden, welche dort den Ruhm seines Werkes verbünden und die Menschenfinden einladen sollten, nach Stodach, Radolfzell oder Engen zu kommen, um dort die von den Einheimischen ausgeschlagene Spende der Glückseligkeit in Empfang zu nehmen. In der Hauptstrophe hatte es der Herr Jacques Schiefer auf jungs Mädchen abgeschrieben. Um diese recht gut „aufzuhören“, verwollommerte Herr Jacques Schiefer sein soziales Werk ganz bedeutend, indem er in der Nähe der die Glückseligkeit spendenden Strahlenreflexe sogenannte Mädchen an Leib und Seele gut aufgehoben seien und bei hohen Löhnen auch noch einen ansehnlichen Sparpfennig zurücklegen könnten.

Der Prozeß fand schon vor einigen Wochen statt; er dauerte 1½ Tage und das Gericht hat nun das schriftliche Urteil dem „Vollfreund“ ausgestellt.

Herr Jacques Schiefer war über diese Körgelei des „Vollfreund“ sehr betrübt. Nach der felsenfesten Überzeugung des Herrn Jacques Schiefer konnte es nirgends besser um die Arbeiter bestellt sein, wie in den drei Tricotfabriken des Herrn Jacques Schiefer in Radolfzell, Engen und Stodach. Und Herr Jacques Schiefer ging hin zum Hadi und verklagte den „Vollfreund“ wegen Bekleidung des Herrn Jacques Schiefer. Das Schöffengericht in Radolfzell hatte sich nun mit den Sachen zu beschäftigen und in seinem Urteil ein Gutachten darüber abzugeben, ob die Körgelei des „Vollfreund“ berechtigt seien, oder ob die drei Fabriken des Herrn Jacques Schiefer ein gemeinnütziges Werk seien, in denen die Mädchen an Leib und Seele gut aufgehoben seien und bei hohen Löhnen auch noch einen ansehnlichen Sparpfennig zurücklegen könnten.

Der Prozeß fand schon vor einigen Wochen statt; er dauerte 1½ Tage und das Gericht hat nun das schriftliche Urteil dem „Vollfreund“ ausgestellt.

Das Urteil sagt nun unter anderem:

Gewiß lassen die Lohnverhältnisse zu wünschen übrig und sind die durch die Beweisaufnahme festgestellten Mindestlöhne von 12 Pf. bei Lohn und 13 Pf. bei 10 Stunden Arbeitszeit als sehr niedrig zu bezeichnen. Es ist aber auch zu berücksichtigen, daß eben die Löhne in der Textilbranche in der Gegend allgemein niedrig sind. Gewiß sind auch von einigen Zeuginnen klagen über die Behandlung vorgebracht worden, denen eine gewisse Belehrung nicht abzuhören ist. Momentan scheint in gewissen leitenden Kreisen das Verständnis für die Lage der Arbeiter nicht bis zu wünschenswerte Höhe erreicht zu haben. Fälle, wie der von der Martin Ching befürchtete, daß man ihr wegen ihres Hustens Heuchelei vorgeworfen habe, und bei weitem keine Verabschiedung, ihren verdienten Lohn zu erhalten, vergeblich gewesen seien, so daß sie habe Klage erheben müssen, wären sonst nicht vorkommen.

Über die Strafen und die hygienischen Verhältnisse sagt das Urteil:

„Es ist weiter erwiesen worden, daß in der Schieferschen Fabrik viel und kräftig gestraft wird. Die Strafen zerfallen in zwei Kategorien: Die Ordnungsstrafen im eigentlichen Sinn für Büßtpflichten, Schwächen usw., und die Geschäftsstrafen, die eine Entschädigung für verborbene Ware darstellen sollen. Erstere fallen in die Fabrikarbeitskasse, letztere in die Geschäftskasse. Die höchsten durch die Beweisaufnahme festgestellten Bahnen sind pro Tagtag in allen 3 Fabriken 96,95 M. (Belege Werner), 87,50 M. und 80,85 M. (Belege Scherer). Nach einer Berechnung des Beugen Scherer betragen die Strafen im vergangenen Jahr 0,36 Proz. der bezahlten Löhne oder pro Tagtag und Kopf in Radolfzell 8,5 Pf., in Stodach 8,8 Pf., nach einer Berechnung des Herrn Sachverständigen, Gewerbeassessor Kling, im Jahr 1906 in Radolfzell pro Kopf 2,12 M.“

Richtig dagegen ist die Behauptung des Artikels, daß Arbeiter, welche einen oder zwei Tage fehlen, ihren Lohn um so viel später erhalten.

Dieses Verfahren ist unter allen Umständen zu umhülligen.

Auch die hygienischen Verhältnisse lassen tatsächlich manches zu wünschen übrig. Einige der zu beanstandenden Mängel sind allerdings darauf zurückzuführen, daß die Fabrik aus einer Zeit stammt, in welcher man in hygienischer Beziehung noch keine solchen Anforderungen stellte, wie heute. Ein Mangel aber gereicht der Fabrikleitung jedenfalls zum Vorwurf, daß nämlich die Arbeitsräume während der Arbeit ausgewehrt werden, wobei notwendig Staub aufgewirbelt wird. Diese Übung läßt sich nicht mit einer angeblichen Vorschrift der Feuerversicherungsgesellschaft entschuldigen. Das Reinigen der Arbeitsräume liege sich mit einem Kostenaufwand, der jedenfalls im Vergleich zu der durch das jetzige Verfahren begründeten Gefährdung der Gesundheit der Arbeiter und Arbeitnehmer tatsächlich gering ist, auch nach Schluss der Arbeit leicht ausführen.

Auch bezüglich der Abortverhältnisse wurden einige Mängel aufgedeckt. Diese Mängel lassen den Satz: „Es wäre Aufgabe der Polizei, auf Beachtung der gesetzlichen Vorschriften zu drängen, getreifert erscheinen. Der Angeklagte behauptet, und diese Behauptung erscheint durch die Sachlage gerechtfertigt, daß er mit der „Polizei“ die Fabrikäussichtsorgane, Fabrikinspektion und Bezirksamt gemeint habe.“

Alsdann prüft das Urteil die Frage, ob das wahr ist, was in dem oben abgedruckten Befürworter enthalten ist, und was die Agenten des Herrn Jacques Schiefer den Arbeiterinnen versprochen. Ferner konstatiert das Urteil, daß es sich als wahr erwiesen hat, daß die Arbeiterinnen ins Bureau gerufen wurden, um wegen des Besuchs der Textilarbeiterversammlungen zur Rede gestellt zu werden.

Das Urteil sagt:

„Artikel vom 19. September 1906. Dieser Artikel hat eine Vorgeschichte. In diesem früheren, ausdrücklich von der Klage ausgenommenen, übrigens nach § 22 des Preßgesetzes verjährten Artikel, hatte der „Vollfreund“ unter der Überschrift: „Moderne Seelenverkäufer“ auf ein Befürworter hingewiesen und dasselbe abgedruckt, welches die Firma Schiefer bei Anwerbung österreichischer Arbeitnehmer gegenüber Behörden verwendet hatte.“

Der erste Satz des Artikels vom 19. September ist nur im Zusammenhang mit dem früheren Artikel und diesem Befürworter zu verstehen. Wenn nun auch nicht zu erkennen ist, daß die Bezeichnung der Handlungswweise des Privatlägers als Machination etwas scharf ist, insofern dieser Ausdruck etwas illogisches, unreelles bezeichneten will, so erscheint diese Bezeichnung doch im Hinblick darauf, daß tatsächlich einige Punkte des Befürworters der Wahrheit nicht entsprechen, daß nämlich die Anstalten unter der Leitung von katholischen Geistlichen und unter der Leitung von baptistischen Geistlichen stehen, daß der Lohn ein hoher sei, so daß es den Mädchen nach kurzer Zeit sehr leicht möglich ist, ... einen ansehnlichen Sparpfennig beiseite zu legen, und daß unter das Befürworter die Namen einer Reihe von Geistlichen als Referenzen gegeben sind, die gar nicht gefragt worden sind, ob sie mit dem Inhalt des Befürworters einverstanden sind, daß das Unternehmen selbst als ein „gemeinnütiges Werk“ bezeichnet wird, während es doch ganz offenbar nur den Zwecken der Schieferschen Fabriken dienen soll, nicht unangemessen und deshalb auch nicht beleidigend ...“

Die Behauptung, daß Arbeiterinnen, welche die Textilarbeiterversammlung besuchten, auf das Bureau gerufen und daß ihnen Vorhaltungen gemacht worden sei, sie brauchten nicht in die Versammlungen zu gehen, da sie doch gut bezahlt seien, hat sich als wahr erwiesen ...“

Sowohl also das Urteil des Schöffengerichts. Wir könnten und ja mit der Veröffentlichung dieses Urteils, in welchem das gemeinnützige Werk des Herrn Jacques Schiefer immerhin recht interessant beleuchtet wird, begnügen. Indessen glauben wir, daß wir doch noch etwas zu dieser Bedeutung beitragen und den Richter erhöhen können, wenn wir noch einmal die Verteilung aufmerksam hierher sehen, auf welche sich das Urteil stützt.

Bezüglich der Lohnverhältnisse in den Fabriken des Herrn Jacques Schiefer wurde festgestellt:

Nach den eigenen Befürworten der Fabrik beträgt der Mindest-Stundenlohn nur 12 Pf. in einzelnen Abteilungen erhalten über 18 Jahre alte Arbeiter einen Taglohn von

1,88 M. Arbeitnehmer von 1,20 M. Eine seit 1876 in der Fabrik tätige Frau bekommt nur 1,80 M. bis 2 M. pro Tag. Schließlich der Betreuer der Fabrikinspektion, der Gewerbeassessor Kling, bezeichnet an Gerichtsstelle die Löhne als bedauerlich niedrig. Die österreichischen Arbeitnehmer kommen mit dem Lohn nicht aus; sie lassen sich Geld von zu Hause schicken. Oft bleiben ihnen nach Bezahlung des Kostenzettels nur 40 Pf. bis 1,20 M. Der Lohnberechnet Werner, ein pensionierter Lehrer, hat nur 26 Pf. Stundenlohn bekommen. Einige Arbeitnehmer haben nach Ausweis der Zahlagschäfte pro 14 Tage nur 14,50, 14,85, 16,50 M. verdient. Dabei mussten 12 M. für Kosten bezahlt werden. Ein Radolfzeller Einwohner hatte Schlechtersche Wäschchen in Kost und Logis; er sagt aus, daß diese das Mittagessen abbestellt hätten, und nur noch von Kaffee und Käse lebten, was sie mit 50 Pf. pro Tag bezahlten. Der von Schlechter angerufene Sachverständige — ein Fabrikant — erklärt: Die früheren Löhne in der Sch. Fabrik waren zu niedrig. Die Arbeitnehmer haben geglaubt, es lebe sich in Radolfzell billiger. Das hat sich als Unwahrheit herausgestellt. Ein Zeuge erklärt: Ich hatte 24 bis 26 Pf. Stundenlohn; es ging mir mit meiner Familie nicht zum besten. Ich habe mir in Singen leidende Arbeit gesucht. Ein Gastwirt nimmt Schlechtersche Wäschchen nicht mehr auf, weil er schlechtes Geld bekommen könne. In Radolfzell wird viel über die schlechten Lohnverhältnisse bei Schlechter gesprochen.

Die österreichischen Arbeitnehmer erklären: Die Behandlung war „unter dem Hund“, wir haben kein Recht bekommen. Man hat uns freies Ding, Sau, Saugesellschaft, österreichische Gesetze, Lungenzengen usw. genannt. Eine Werksmeisterin nannte sogar vor Gericht die Arbeitnehmer faul, frech und unverschämmt. Es wurde stets sehr scharf gegen die Arbeit vorgegangen, sagt ein anderer Zeuge. Die Arbeit wurde den Mädchen drei bis viermal zurückergeben. Bei einer Arbeitnehmerin hat man, ohne die Polizei anzurufen, Haussuchung veranlaßt. Die einzelnen Arbeitnehmerin wurden fast zur Verzweiflung gebracht.

Es wurde während der Arbeitszeit das Rehe in der Fabrik vorgenommen. Der Beairtsarzt: Dieses Rehe ist schädlich. Der Fabrikinspektor: Der Staub dringt in die Atmungsorgane. Ein Zeuge: Es läuft jedesmal ganz außerdienstlich. Geeignete Waschräume fehlen, Garderobe ist nicht da. Auch kein Außenholzsort für die Pausen. Der Ventilator war nicht im Betrieb. Die alten Räume sind nur 2,70 Meter hoch. Schon früher hat die Fabrikinspektion in der Raucherei Beanstandungen vorgenommen. Die Aborberverhältnisse haben im alten Bau zu Unzufriedenheiten geführt, da sie ohne Vorraum waren. Auf 15 Arbeiter kam ein Abort. Ein Zeuge: Am Sonnabend steht es am neuen Bau fehl die Aufschrift: Männer und Frauen. Die Trennungswand weist mit Papier zugeklebte Löcher auf. Der Fabrikinspektor: Es ist richtig, daß die hygienischen Zustände zu wünschen übrig lassen.

Zwei Zeuginnen erklären: Man habe Männer und anderes im Essen gefunden. 70 Pf. kostete es, höchstens 60 Pf. sei es wert gewesen. Wenn die Mädchen abends unangemeldet zum Essen zu spät, wurde ihnen das Abendessen entzogen. Die Mädchen haben allmählich das Mädchenheim völlig verlassen.

Das Wohnen im Mädchenheim sollte frei sein; die Mädchen müssen aber bezahlen. Den Vertrag hat man ihnen vorgelesen. Wieben sie nicht zwei Jahre, wurde ihnen das Reisegeld abgezogen.

Es strafen mehr als 80 Personen. Wegen Zusätzkommens um 1–2 Minuten gibt es 20 Pf., also fast zwei Stundenlöhne, Strafe. Eine Zeugin hat erst vor Gericht erfahren, warum sie gestraft wurde. Der Fabrikinspektor hat berechnet, daß an Strafen z. B. eine Tabakfabrik in einem Radolfzell besuchten Orte verhängt habe pro Jahr und Kopf der Arbeiter 5–6 Pf., bei Schlechter treffen auf den Kopf 2,12 M., nach den Berechnungen des Buchhalters der Fabrik 1,64 M. Der Fabrikinspektor: Nirgends wird ein derartig hoher Prozentsatz an Strafen erreicht. Will ein Wertschöpfer strafen, hat er Gelegenheit genug. Solche Peinlichkeiten sollte man unteren Beamten nicht geben. Im Jahre 1906 hat man 164,55 M. Strafen verhängt. Die Arbeitnehmerinnen mußten für jeden Schaden bei ihrer Arbeit aufkommen; vor ein Kleidchen in einer Arbeit, wurden sie bestraft und bekamen das Stück zur Verfügung gestellt. Wegen Lügens, Schwärsen wurden Strafen verhängt. Eine Werksmeisterin erklärt: Sag kann bis zu 1 M. strafen. Viele Arbeitnehmerinnen wurden in 14 Tagen mit 70–90 Pf. bestraft. Man hat sogar den alten Lehrer Werner mit Strafen belegt. Die Strafen fließen, falls Ordnungsstrafen, in die Staatskasse, falls Schadenerstattungen, in die Geschäftskasse. Die Fabrikinspektion erklärt: Auszustreben sei ein besonderer Fond für die ausgeworfenen Strafen. Mehrere Arbeitnehmerin: Man war keine Minute sicher, daß man nicht bestraft würde.

Sol. Wir sind überzeugt davon, durch die vorstehende Abhandlung den Ruf des sozialen Werkes des Herrn Jacques Schlechter bedeutend gefördert und dazu begegraben zu haben, den Glanz desselben zu vermehrten. Wer jetzt noch nicht einsieht, daß in diesem gemeinnützigen Werke die Garantie liegt, daß Mädchen darin an Leib und Seele gut aufgehoben sind, der verdiente eigentlich dazu verurteilt zu werden, einmal zwei Jahre lang in dem sozialen Werke des Herrn Jacques Schlechter an Leib und Seele aufgehoben zu werden.

Sie zappeln in der Schlinge.

Unsere christlichen Strategen von Rappoltsweiler im Elsaß machen in der Nr. 25 der christlichen „Textilarbeiter-Zeitung“ den allerdings vergleichlichen Versuch, sich die Schlinge abzutrennen, welche sie sich durch den vollendeten Streikbruch in Rappoltsweiler über den Kopf geworfen haben. Und die Schlinge zieht sich immer mehr zusammen. Um sich nun von dem Vorwurf des Streikbruchs frei zu machen, haben die Herrschaften die Dreistigkeit, sich zu Kapitolswächtern der gewerblichen Disziplin aufzuhören. Die Arbeiter in Rappoltsweiler — so sagt die Aufschrift aus dem Elsaß — hätten gar keine Genehmigung zum Streik gehabt und folglich sei es auch kein Streikbruch, wenn die christlichen Mitglieder weiter arbeiten. Wirklich eine famose Logik. Der Schreiber der Aufschrift sagt:

„Die Überarbeitarbeit wurde ohne weiteres bestätigt, die Lohn erhöhung aber abgelehnt. Die „Freien“ erklärten, auch nicht weiter hierfür kämpfen zu wollen. Nun wurde zwei „frei“ organisierten Arbeitern gefündigt. Die Kündigungsfrist dauert bekanntlich 14 Tage. Stattdessen nun innerhalb dieser Zeit zunächst einmal hierzu Stellung zu nehmen, traten die „Freien“ sofort, also unter Kontraktbruch und ohne die Genehmigung hierzu nachgezogen zu haben, in den Streik.“

Und im Anschluß daran hält uns der Artikelschreiber eine Vorlesung aus unserer frisch erschienenen Artikelserie „Demokratie und Gerechtigkeit“, um uns verschiedene gewerkschaftliche Erziehung vorzutragen. Der elässische Artikler, der uns sehr wohl bekannt ist, der allerdings glaubt, vor lauter Erfahrung das Gras wachsen und die Wälder bellen zu hören, ist wohl der allerletzte, der sich uns gegenüber als Schulmeister aufzuwerfen könnte.

Man lese nur einmal die nachfolgenden Ausführungen, welche wir der Nr. 140 der „Mülhäuser Volkszeitung“ entnehmen und welche sich mit dem Streikbrüderlichen Gebaren der „Christlichen“ im Elsaß beschäftigt.

Es heißt da:

„Ja in Rappoltsweiler. In der Spinnerei Höfer, dort mügten seit Dezember vorigen Jahres die Arbeiter Überstunden machen, exhibierten aber durch das Kindereiten der Freien 50 Pf. nicht dafür vergütet. Das haben die Christlichen auch an-

genommen, ohne daß sie es verlangt hatten. Nun verlangten aber mal die Freien die Belebung der Überstunden, sowie eine bessere Regelung des Tarifes, da der Spinnerlohn schwankt bis herau zu 15 M. in 14 Tagen aufwärts. In einem höflichen Schreiben teilten die Arbeiter dies der Fabrikleitung mit. Die Christlichen wußten von diesem Vorgehen, statt aber sich diesen Forderungen anzuschließen, ging eine Kommission aufs Fabrikbüro und erklärte dort, daß sie (die Christlichen) mit diesen Forderungen nichts zu tun hätten, sondern nur die „Freien“! (Unser Berichterstatter in Rappoltsweiler, der darüber schon in Nr. 26 berichtete, schrieb zwar, daß die Christlichen der Betriebsleitung erklärt hätten, daß sie gegen die von unseren Mitgliedern eingerichteten Forderungen nichts einzubringen hätten, was wir verstanden, daß sie diese Forderungen aber auch nicht verteidigen wollten. Das wäre schon schlimm genug gewesen. Nach der vorstehenden Erklärung kann sie sich aber direkt gegen jene Forderungen erklären, was noch viel schlimmer ist. (Redaktion des „Textilarbeiter“).

Dies mußte den Arbeitgeber in seinem Bestreben, die Freien zu vernichten, verstärken, da er sehen konnte, mit welch' guten Leuten er es hier zu tun hatte. Die Überstunden wurden bestätigt, aber zweien der Unterzeichneten wurde gesündigt!

Da die Unterzeichner im Namen der Arbeiter diese Forderung eingangsamt hatten, nahmen sich auch die übrigen Arbeiter deren an und wollten beim Arbeitgeber vorstellig werden, um diesen zur Zurücknahme der Rücksichtnahme zu bewegen, wurden aber abgewiesen.

Die Arbeiter stellten nun ihre Arbeit ein, um eine Verhandlung zu erzwingen, wurden aber am nächsten Morgen aus der Fabrik gejagt. Zwei der Christlichen gingen auch mit, wurden aber am Nachmittag eines beseren belebt und nutzten die Arbeit wieder aufzunehmen..

So standen nun von 42 Spinners und Angestellten im Streit, während die 10 Christlichen weiter arbeiteten. Da ging die Hebe erst recht los. Zwei andere, die bei den Freien in der Organisation waren und wurden gleichzeitig dem Streikbruch angehört, wurden schon in der vorigen Nummer der christlichen Textilarbeiterzeitung genannt und zugleich von den frommen Familienmitgliedern derart bearbeitet, daß auch sie zu Streikbrechern würden. Der Betrieb, welcher etwa 160 Arbeiter beschäftigt, hätte in 2–3 Tagen stillstehen müssen, und so wäre der Arbeitgeber gezwungen gewesen, entweder mit der Organisation zu verhandeln oder den übrigen Arbeitern den Lohn zu bezahlen..

Die Organisationen hatten eine Anzahl Mitglieder gewinnen können und hätten zugleich ihre Position dem Arbeitgeber gegenüber gestärkt.

Ja, diese Gewerkschaftschristen sind überauslaut Leute, welche die Streitfreiheit mit den Eltern gezeigt haben, — nämlich auf der München-Gladbachser Schule. Dies zeigte uns auch der Kampf in Stein, wo man christlicherweise ebenfalls unter Kontraktbruch einen Streit ins Leben rief und nachher aus einer großen Niederlage einen glänzenden Sieg in die Welt posaute, den ganzen Arbeiterausschuß aber auf der Strecke liegen ließ. Von dieser Blamage schrubbte man nichts, sondern bloß von der Niederlage, welche die freiorganisierten Textilarbeiter in Colmar bei Horvach erlitten haben, wo die Christlichen selbst Streikbrecher anwarben, um die Christlichen herbeizuführen.

In Wiesweiler, wo die freien Textilarbeiter in der Firma Heuscher im Streit standen, wurden die Christlichen geradezu aufgefordert, in der Neuen Luchfabrik Streikarbeit für diese Firma zu liefern. Ja, man drohte ihnen, falls sie wegen Verweigerung der Streikarbeit in den Streit treten würden, daß sie keinen Pfennig Unterstützung erhalten würden.

So agitieren diese Helden für Besserstellung der Arbeiter mit ihrer überzeugen, wohlerwogenen Taktik, nach welcher man wohl Geld für Unorganisierte hat, wenn man diese kaufen kann (vergl. Münchener, Textilarbeiter- und Zimmererstreit), um dann mit Mitgliederzuwachs zu prahlen, nicht aber um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Sie mögen nur so weiter arbeiten, diese Herren! Der Fischfang trägt ihnen nicht viel Gewinn und jedenfalls keine Ehre ein!

Das ist ja demnach eine nette Gesellschaft. Also die Arbeiter wollen eine Verhandlung mit der Firma ermöglichen, um die Gewerkegelten wieder ihrer Arbeit zuzuführen, deshalb stellten sie die Arbeit vorübergehend ein, wurden aber am anderen Morgen aus der Fabrik gejagt, als sie wieder in Arbeit kamen. Da liegen die Verhältnisse doch wohl etwas anders als gewöhnlich, und wenn die „Christlichen“ nur einen Funken Solidarität und Nächstenliebe besessen hätten, dann durften sie niemals zu Streikbrechern an ihren auf diese Weise mißhandelten Arbeitskollegen werden.

Doch wenn man sich zum Prinzip gesetzt hat, der „Streiklust“ überzu zu tun, dann war der Streikbruch in Rappoltsweiler eine Musterleistung christlicher Gewerkschaftsdisziplin.

Arbeiterinnenfreundschaft der Christlichen.

Die „Christliche Arbeiterin“, das Verbandsorgan der katholischen Arbeitnehmervereine hat schon häufig mit sogenannten praktischen Ratschlägen für Arbeitnehmerinnen aufzuwarten gewußt, die denleben Menschen in Erstaunen setzen mußten. In seiner Nr. 11 leistet es sich nun wieder einmal solche praktischen Worte, die man nicht trüffellos passieren lassen darf.

Unter dem Titel „Aus dem Leben für das Leben“ werden den Arbeitnehmerinnen theoretische Anweisungen über das Flicken und Stopfen der Kleider und Wäschestücke gegeben, und daran ist die

die freidenkerischen Ansichten Försters, des ehemaligen Redakteurs und jetzigen Mitarbeiters der „Ethischen Kultur“, der wegen Majestätsbeleidigung im Exil lebt, überaus bezeichnend dafür, wie wenig die christlichen Verbände ihren Mitgliedern an eigener praktischer Wissen zu bieten imstande sind.

Die Verfasserin scheint aber auch die Arbeitnehmerinnen in dieser Beziehung sehr schlecht einzuschätzen; abgesehen davon, daß ihnen nähern und stopfen durchaus nichts Neues, Unbelastetes ist, auf daß ein Verbandsorgan sie erst hinweisen müßte, haben es doch die Sprecherinnen beispielweise in der Textilindustrie zu einer Kunstfertigkeit gebracht, von der die Verfasserin gewiß noch recht viel lernen könnte.

Wenn der Sozialpolitiker Förster, der zurzeit als Jugendleiter der Vereine für ethische Kultur in Bischir wirkt, in dem bereits erwähnten, meist in bürgerlichen Kreisen gelesenen Buche den oft geradezu gedanklos erzeugenen Kindern der höheren und mittleren Bürgerschichten begeisternd macht, wie dummkopf es ist, über die geschilderten Kleidungsstücke ärmerer Kinder zu lachen, so ist das durchaus anerkennenswert, trifft aber auf Arbeitnehmerinnen keineswegs zu; sie alle wissen meist schon von Jugend an, wie bitter schwer es ihrem Eltern war, für eine größere Kinderchor die nötige Kleidung zu beschaffen. Und wie viele arme Arbeitnehmerinnen müssen sich dank unserer traurigen sozialen Verhältnisse mit den abgetragenen Kleidungsstücken der Begüterten behelfen, auch wenn der Stolz der Eltern noch so empfindlich dadurch verletzt wird. Die Tatsat der christlichen Gewerkschaften, die darauf hinausgeht, ihre Mitglieder nicht zur klaren Erkenntnis ihrer klassenlage kommen zu lassen, offenbart sich auch darin, daß man Arbeitnehmerinnen Ratschläge erteilt, wie sie ihre Garderobe führen ausbestimmen können.

Haben denn Arbeitnehmerinnen, die in 10–11 stündiger, ja oft noch längerer Arbeitszeit für den Unternehmer schaffen müssen, die oft noch 2–3 stündige Wege von und zur Arbeitsstätte zurückzulegen haben, wirklich noch so viel Kraft, um nach des Tages Zeit und Mühe ihre Garderobe schön zu halten? Sie werden in den häufigsten Fällen zufrieden sein, wenn sie überhaupt nur Zeit zum Ausbessern finden; ob dann die Arbeit schön oder unschön ausfällt, wird sie herzlich wenige kümmern können. Haushalte wird immer sein, daß sie defekte Sachen weniger nördlich ausgesetzt haben. Die Garderobe schlecht bezahlter Arbeitnehmerinnen pflegt nicht so reichhaltig zu sein, daß etwa defekte Stücke in einem Stücklager untergebracht werden müßten. Eine so schöne und nützliche Einrichtung dieser Stücklager in einem geordneten Haushalt auch sein mag, in den elenden Schlafzimmern der Arbeitnehmerinnen, wo oft mehrere in einem kleinen und engen Raum untergebracht sind, ist er jedenfalls ein ganz überflüssiges Möbel, und solche Ratschläge, wie die angeführten, sind wahrlich nicht dazu angetan, das Interesse der Arbeitnehmerinnen auf die Vorgänge im wirtschaftlichen Leben hinzuhalten.

Eine entsprechend verkürzte Arbeitszeit würde jedenfalls den ohne Zweifel vorhandenen, aber wegen mangelnder Zeit in vielen Fällen wenig ausgebildeten Ordnungssinn der Arbeitnehmerinnen weit günstiger beeinflussen, als solche christlichen Ratschläge.

Für die Erhöhung der Arbeitslöste zu kämpfen, soweit, daß es den Arbeitern möglich wird, die Garderobe ihrer Kinder dann zu erneuern, wenn es not tut, damit nicht das Gespött gedanklos erzeugt wird. Bourgeoisieprahlinge über gesäßte Hosen, die Seelen der Proletarierinder schon in früherer Jugend vergiftet, wäre jedenfalls weit angebrachter, als der ohnehin schon schwer überlasteten Arbeitnehmerfrau noch die überaus zeitwundende Arbeit des Ausbesserns nach harter Tagesarbeit durch theoretische Ratschläge schmackhaft zu machen. Wenn auch den Arbeitnehmerinnen in ihrer großen Mehrzahl wäre es nicht nur viel lieber, sondern auch nützlicher, wenn sie etwas mehr Zeit zur Vereicherung ihres Wissens fänden.

Wenn die christlichen Gewerkschaften in diesem Sinne wirken würden, dann wären sie erst wahre Vertreter der Arbeitnehmerinnen. Es ist als durchaus verwerflich zu bezeichnen, wenn man durch Schaffung von Sonderorganisationen Spaltung der wirtschaftlichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer herbeizuführen sucht. Der in M. Gladbach erscheinende „Christliche Arbeiterin“ dürfte es nicht unbekannt sein, daß die Verhältnisse der Arbeitnehmer noch um vieles verbessernbedürftig sind. Sie müßte auch wissen, daß beinahe alles, was im Rheinland an Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Arbeitnehmer erzielt ist, nur dem energischen Vorgehen des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes und der anderen freien Gewerkschaften zu danken ist. Man sollte den Arbeitnehmerinnen Aufklärung über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, als ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung geben, statt sie durch solche Anweisungen, wie die oben angeführten, über ihre eigene Lage hinwegzutäuschen. Man sollte ihnen sagen, was ihnen im wirtschaftlichen Kampf not tut, sie wissen dann schon selbst, aus ihrem eigenen gefunden Urteil heraus, daß man über die bestellten Sachen nicht lachen darf, sondern Achtung vor dem Fleiß und der Ausdauer derer haben muß, die nicht Zeit und Mühe scheuen, die oft notwendigen Schlaf opfern müssen und unter bitteren Tränen manche Nachstunde nähen, nur um ihre und ihrer Kinder Kleidung so lange als möglich zu erhalten.

Den am Schlus des Blattes befindlichen Vermerk „Nachdruck sämlicher Artikel verboten“, könnte sich die „Christliche Arbeiterin“ in Zukunft schon aus dem Grunde schämen, da sie dem Anschein nach ohne die Wiedergabe fremder Artikel selbst nicht einmal auskommen kann.

Martha Hoppe.

Die Krankenversicherung im Jahre 1905.

Dem soeben erschienenen zweiten „Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs“ entnehmen wir folgende Angaben:

Kassenarten	Zahl der Kassen	Mitglieder im Durchschnitt des Jahres	Erkrankungsfälle mit Erkrankungsfähigkeit	Erkrankungstage mit Erkrankungsfällen		Krankheitslosen	Bermögen
				auf 1000	auf 1000		
Gemeindekrankenversicherung .	8 839	1 528 998	408 669	0,27	8 240 891	5,40	17 544 881
Ortskrankenlasse .	4 740	5 697 890	2 261 651	0,40	48 801 485	8,27	115 614 586
Betriebskrankenlasse .	7 774	2 895 723	1 841 003	0,47	24 688 448	8,69	75 402 362
Baukrankenlasse .	44	26 177	19 408	0,77	811 608	12,88	205 027
Immungskrankenlasse .	710	268 787	90 548	0,88	2 067 624	7,84	5 872 958
Eingeschriebene Gülfstellen .	1 964	658 428	809 897	0,86	5 939 741	6,98	16 848 183
Landesrechtliche Gülfstellen .	162	8					

derer für die Invalidenversicherung) betragen 266 912 673 M., darunter Beiträge (einschl. Zusatzbeiträge) und Eintrittsgelder 250 351 868 M.

Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitsosten, Erholungsleistungen, zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder, Verwaltungsausgaben abzüglich derer für die Invalidenversicherung, sonstige Ausgaben) beliefen sich auf 233 835 378 M., darunter Krankheitsosten 232 243 886 M., welche sich verteilten auf:

ärztliche Behandlung	58 118 187 M.
Arznei und sonstige Heilmittel	94 634 287 "
Krankengelder	102 816 075 "
Schwangere und Wöchnerinnen	4 578 803 "
Siebegelder	6 850 630 "
Anstaltsversorgung	30 555 404 "
Fürsorge für Melonvaleszenten	164 601 "

auf ein Mitglied kamen durchschnittlich 20,76 M. Krankheitsosten.

Die Verwaltungsausgaben abzüglich derer für die Invalidenversicherung betragen 14 167 828 M., auf ein Mitglied durchschnittlich bei den Ortskrankensassen 1,95, bei den Innungs-krankensassen 2,27 und bei den eingeschriebenen Gültssassen 2,81; bei den Betriebs- und Baukrankensassen werden sie fast ganz von dem Betriebsunternehmer, in der Gemeindekrankensicherung ganz von der Gemeinde getragen; bei allen Stäben überhaupt stellen sich die Verwaltungskosten auf ein Mitglied daher nur auf 1,27 M. durchschnittlich.

Das Gesamtbetragen betrug 208,0 Millionen Mark (im Vorjahr 190,0), wovon auf die Ortskrankensassen 91,8 (im Vorjahr 84,7), die Betriebskrankensassen 87,4 (im Vorjahr 83,8) und die eingeschriebenen Gültssassen 10,8 (im Vorjahr 10,8) Millionen Mark entfielen.

Die Handelskammer zu Schweidnitz

sandte uns folgende Berichtigung:

"In Nr. 22 Ihrer Zeitung "Der Textilarbeiter" vom 3. Mai 1907 haben Sie auf der ersten Seite folgendes veröffentlicht:

"Ein solche unwahre Behauptung enthält jetzt wieder der Bericht der Handelskammer in Schweidnitz. Dort wird gesagt, der sozialdemokratische Agitator Kriech, also unser Gauleiter für Schlesien, habe in einer Textilarbeiterversammlung erklärt, es sei jetzt die richtige Zeit, in Grünberg einen Streik vorzubereiten; denn die Gründerger seien noch zu wenig organisiert, und um sie in die Organisation zu treiben, bedürften sie eines Streiks." Sie haben diesen Ausführungen dann noch die Worte hinzugefügt, daß diese (angeblich von uns gebrachte) Notiz "den Stempel der Lüge an der Stirn trage".

Die unterzeichnete Handelskammer hat eine Notiz wie die von Ihnen zitierte wider dem Wortlaut noch dem Sinne nach in irgendwelchen ihrer Verichte gebracht und schon deshalb gar nicht bringen können, weil die Stadt Grünberg, auf deren Arbeiterverhältnisse Ihre Bemerkungen sich beziehen, nicht zum Bezirk unserer Handelskammer gehört."

Wir bedauern lebhaft den Irrtum, der uns da unterlaufen ist und bestätigen unverreits, daß die Stadt Grünberg nicht zum Handelskammerbezirk Schweidnitz gehört. Die Redaktion.

Ein Blick in die Krefelder Industrie vom Jahre 1789, nebst einem Vor- und Nachwort.

I.

Krefeld soll seine Gründung einem polnischen Edelmann verdeckt; urkundlich wird es erstmals genannt 1163. Im Jahre 1788 erhielt es von Kaiser Karl IV. Stadtrechte. Es gehörte zur Grafschaft Mörs und kam mit dieser 1702 an Preußen.

Noch längere Zeit nach dem dreißigjährigen Kriege bestand die ganze industrielle Tätigkeit Krefelds nur in Leinwandfabrikation, in der kaum 100 Weber beschäftigt waren. Die Seidenfabrikation ist jüngerer Datums; erst im Jahre 1668 erwähnt die aus Holland stammende, der Mennontinte angehörige Familie von der Leyen Bürgerrecht in Krefeld, womit die Seidenindustrie ihren Eingang hielt. Diese Firma handelte anfangs im Leipziger und Frankfurter Messenwaren und trieb nebenbei in ganz Neuem Maßstäbe Fabrikation von Nähseide und Samtband. Im Laufe der Zeit wurden Samt- und Seidenstoffe hergestellt, das Ansehen der Firma von der Leyen wuchs ungemein, so daß dieselbe in der Mitte des 18. Jahrhunderts bereits europäischen Ruf erlangt hatte. Es entstanden ihr nunmehr Konkurrenzgeschäfte in den Firmen von Raden, von Wederath, Höloch, Hohdweiler und Lingen, die jedoch nicht recht florierten, da die preußische Regelung ihnen, im Gegensatz zu der Firma von der Leyen, alle möglichen geschäftlichen Hindernisse in den Weg legte.

Die preußischen Herrscher hatten nämlich die Herren von der Leyen häufig in Fabrikations-, Zoll- und Handelsangelegenheiten als Sachverständige nach Berlin berufen, wofür dieselben nach jeder Richtung hin protegiert wurden. Friedrich II. war über seine Krefelder Matgeber und deren Kenntnisse so entzückt, daß er sie mehrere Male persönlich besuchte und in ihre Fabrikation, die für die damalige Zeit einzig in ihrer Art war, einstieg nahm. Bei einer solchen Gelegenheit erklärte der königliche Gönner den Herren von der Leyen gegenüber:

"Sie können sich auf mich verlassen, ich werde Sie zu jeder Zeit protegieren, daß in der Fabrik kein Mensch Tort antun kann."

Krefeld hatte damals von der jülich-bergischen Herrschaft keine eigene Gerichtsbarkeit, in der die Bürger als Schöffen fungierten. Die Gewogenheit des genannten Königs ging so weit, daß er die Familie von der Leyen der Gerichtsbarkeit ihrer Bürger entzog und die Brüder Heinrich und Friedrich von der Leyen zu Hofstieranten und Kommerzienräten ernannte und der ganzen Familie den preußischen Adel verlieh. Von da ab nannten sie sich nicht mehr die Herren von an, sondern von der Leyen. Das Begleitschreiben, das dem Ernennungspatent beigelegt war, hatte folgenden charakteristischen Wortlaut:

"Seiner Königlichen Majestät hat es zu allernädigstem Gefallen gerichtet, daß der Kaufmann und Fabrikant Friedrich von der Leyen, die von Höchstbergselben aus eigener Bewegung ihm gegebenen Marque von derselben gnädigstem Wohlwollen durch Conferenzierung deren Commerzienrat-Patentes von ihm und seinem Bruder mit allerunterthänigstem Dank anzunehmen und solches vermittelst seines Schreibens vom 4. b. bezeigen wollen; und da höchstgebachtete Seine Königliche Majestät von der Art, mit welcher derselbe die von Derselben ausgehabe Commission biefiger Werken ausgerichtet hat, vollkommen zufrieden gewesen seind; als fügen Sie dero gnädigen Wunsch hinzu, daß, weilen seine Geschäfte dessen längeren Aufenthalt abhängen nicht zugeben wollen, dessen Reise beglückt seyn, auch dessen Fabrikation zu Krefeld mehr und mehr florissant werd mögen, worunter Sie ihm Dero Gnade und protection hierdurch versichern.

Friedrich."

Eine besondere Bevorzugung ließ selbstverständlich keine erfolgreiche Konkurrenz in Krefeld und auch im übrigen Preußen gegen die Firma von der Leyen auskommen. Um auch öffentlich dokumentieren, daß die königlichen Versicherungen nicht in dem Wind gestanden waren, sondern Hand und Fuß hatten, wurden schriftlich den Fabrikanten Bingen und von Wederath die Erweiterung ihrer Seidenfabrikation, die Anlagen von Bandmühlen

und Samtwebstühlen zugunsten des Hauses von der Leyen gewaltsam verboten.*)

Vereits unter Friedrich Wilhelm I. von Preußen wurden, um der Familie von der Leyen die Arbeitskräfte zu sichern, keine Kreisfelder Weber und Färber als Söldner in die preußische Armee aufgenommen. Schon 1700 beschäftigten die Untertanen des Königs von Preußen in 15 Zwickmühlen 300, in 200 Bandmühlen 1000 und an 600 Webstühlen usw. 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen, zusammen 2800 Menschen.

Wenn auch die Konkurrenz in Krefeld und im übrigen Preußen gegen die Herren von der Leyenlahmgelegt war, so erstanden ihnen doch im Herzogtum Berg, namentlich in Elberfeld und Mülheim am Rhein, erfolgreiche Fabriken, gegen die der König von Preußen keinen Schutz gewähren konnte, da er dort noch nichts zu sagen hatte.

Im Gegensatz zu den damaligen Freien Reichsstädten Köln und Aachen herrschte in Krefeld vollständige Religionsfreiheit, die viel zur Entwicklung von Handel und Wandel, aber auch sehr viel zur persönlichen Verehrung des Hauses von der Leyen beigetragen hat, da dasselbe durch diesen Umstand viele billige und tüchtige Arbeitskräfte aus den protestantischen Niederlanden herbeiziehen konnte.

Wie es in dem Riesenbetriebe der mit großer Kaufmännischer Erfahrung und mit königlicher Gunst arbeitenden Herren im Jahre 1789 aussah, wie die damals mit Pferderad betriebene Maschinerie arbeitete, welchen Eindruck die damals schon schön und breit angelegte Stadt Krefeld auf den Fremden ausübte, das finden die Leser des "Textilarbeiter" in folgendem von einem außergewöhnlichen Beobachter im Jahre 1789 geschriebenen und seitdem nicht mehr veröffentlichten, selbst in Krefeld kaum bekannten Briefe. Der Verfasser war der berühmte Schriftsteller Joachim Heinrich Campe, der damals eine Postreihe von Braunschweig nach Paris machte, um sich, wie er sich ausdrückte, dem Ausbruch der Revolution etwas näher anzusehen. Auf dieser Reise berührte er auch Krefeld, worüber er an seine Tochter in großer Ausführlichkeit berichtete. Wir bringen den ungewöhnlich interessanten Brief, dessen näheres Verständnis wir durch unsere Einleitung erleichtert haben, insofern derselbe sich nicht in Nestregionen verliert, die mit der eigentlichen Sache nichts gemein haben, hier wörtlich zum Abdruck:

Krefeld, 23. Juli 1789.

... Ich nenne Dir, indem ich Krefeld hinschreibe, den Namen der niedlichsten, saubersten, freundlichsten und blühendsten Manufakturstadt, die ich je gesehen habe. Der bloße Anblick derselben macht den Fremden, so wie er kommt, heiter und froh. Das schönste längst den Häusern ausgelegte Straßenpflaster ist so tein, als wenn es täglich gewaschen würde und so eben, als wenn die Steine abgeschliffen wären. Die Häuser sind alle von Backsteinen und in holländischem Geschmack, aber doch mit mehr Abwechslung erbaut, als der holländischen Bauart sonst eigen zu sein pflegt. Die meisten Häuser sind mit einem Schilde versehen. Dies fällt dem Beobachter, der alle diese beschilbten Häuser für Gasthäuser nimmt, gewaltig auf. Hinterher aber erfährt er, daß ein Schild hierzu lande nur zur besseren Unterscheidung der Häuser diene, und keineswegs immer auf Schenken und Wirtshäuser deute.

Die niedliche und industrielle Stadt enthält 700 Gebäude. Bei einer gewöhnlichen Bevölkerung würde sie also ungefähr 4000 Einwohner zählen. Man rechnet aber die heisige Volksmenge bis auf 7000 Seelen. Dies würde unglaublich klingen, wenn man nicht dabei in Erwägung ziege, daß die meisten Häuser von Fabrikanten bewohnt werden, und also nicht bloß eine Familie, sondern auch Werkgesellen und Lehrjungen in sich fassen. . .

Wir besaßen die bewunderungswürdigen Samt- und Seidenmanufakturen der Herren von der Leyen, eine Anstalt, die nicht bloß dieser Familie und diesem Orte, sondern ganz Deutschland Ehre macht. Man glaubt, indem man dieselbe sieht, in einer der blühendsten Fabrikstädte Englands zu sein, so groß ist der Umfang dieser Anstalt, so sinnreich das Maschinentwerk, so musterhaft die dabei herrschende Ordnung und Steinlichkeit. Von der Größe dieser Manufakturen weiß Du Dir einen Begriff machen können, wenn ich Dir sage, daß sie gegen 6000 Menschen**) beschäftigen und daß, außer einigen palastähnlichen Gebäuden, ganze Straßen kleinerer Häuser dazu gehören, die intwendig durchbrochen sind, so daß man aus einer Werkstatt in die andere tritt und alle unter einem Dache zu sein scheint.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

Der Weberstreik in Stolzendorf währt unverändert fort. Gegenseitige Nachrichten sind falsch. Wohl hat eine Versprecher der Streikenden darüber stattgefunden, ob der Streik abzubrechen sei, doch hat man sich für Fortsetzung derselben entschieden. Die Situation ist übrigens für die Ausständigen nicht ungünstig. Ein großer Teil von ihnen ist abgereist. Wohl um sie auf Rückkehr zu bewegen oder auch, um Zulauf von fremden Arbeitskräften zu erhalten, hat man jene Schwindsucht in die Welt gelegt. Daß die Arbeiter nicht nachgeben, trotzdem der Streik schon die achte Woche währt, findet seine Erklärung darin, daß die Firma nicht nur bedingungslose Unterwerfung verlangt, sondern auch das Recht der Nach, indem die Organisation zertrümmert werden soll, die Funktionäre der Verbände, Vertraulente usw. nicht wieder eingestellt werden sollen.

Bei den zwischen der Lohnkommission und der Firma unter dem Voritz des Bürgermeisters gepflogenen Verhandlungen mache die Firma folgende Vergleichsvorschläge: 1. Das Warten auf Material soll in Zukunft bezahlt werden. 2. Die Arbeit soll vertrauensvoll wieder aufgenommen werden, und zwar zu den alten Bedingungen. Nach Wiederherstellung des alten Verhältnisses soll der Lohn aufgebessert werden, wo es nötig ist. 3. 17 Kollegen und Stellgen sollen nicht wieder eingestellt werden. 4. Die höhigen Forderungen sollen gnädigst berücksichtigt werden. Das wurde den Streikenden schriftlich mit der Aufforderung überreicht, in der Versammlung per Stimmetzel darüber abzustimmen. Das geschah auch. Wie nicht anders zu erwarten war, wurden diese Vorschläge einstimmig abgelehnt. Das Resultat der Abstimmung wurde sofort überbracht. Am anderen Tage fand wieder

*) Die von Wederath sind erst durch den von den französischen Republikanern bei der Besetzung des linken Rheinufers proklamierten Freihandel unter die oberen Bevölkerung verschafft worden. Im Jahre 1840 beteiligte sich ein Familienmitglied derselben von Wederath, Hermann von Wederath, mit Ludolf Campenhausen und anderen rheinischen Finanzmännern an der Gründung der 1848 von der preußischen Regierung unterdrückten "Neuen Rheinischen Zeitung" in Köln. Die Genannten waren, neben einem ganzen Stab ausgezeichnete Journalisten, selbst Mitarbeiter des gefürchteten Oppositionsblattes und Karl Marx Redakteur desselben. Hermann von Wederath und Ludolf Campenhausen wurden 1848 preußische Minister.

**) Wenn Campe von Fabrikarbeiter spricht, so hat er auch die dabei auftretende der eigentlichen Fabrikräume für die Firma zu Hause schaffenden Arbeiter im Auge. Nach dem damaligen Sprachgebrauch wurden auch die Fabrikarbeiter Fabrikanten genannt. Die für die Krefelder Fabrikanten arbeitenden Weber wohnten damals wie heute in der Umgebung der Stadt und, im benachbarten Kreis Kempen. Die Stadt Krefeld bezeichnete 1848 16 000 Einwohner, während seine Seiden- und Samtindustrie 12 000 Menschen beschäftigte. Nach der letzten Volkszählung beträgt die Einwohnerzahl 110 000.

eine Verhandlung statt, in welcher die Firma den Hochmütigen spielte. Sechs Arbeiter sollten überhaupt nicht wieder eingestellt werden, erklärte sie nunmehr. Wenn die anderen Arbeit leisteten, dann ließe sich ein Wort über deren Wiedereinstellung reden. In folcher Weise wagt die Firma mit den organisierten Arbeitern zu reden. Sie erklärte noch, an Lohn sollte das Regional mehr bekommen, wie es gefordert habe. Die Arbeit müsse jedoch bedingungslos wieder aufgenommen werden. Die Streikenden lehnten diese hochmütigen Angebote selbstverständlich wieder ab. Der Firma scheint das Feuer übrigens auf die Regel zu brechen, denn sie schlägt den Streikenden immer wieder Leute ins Haus, um sie abtrünnig zu machen.

Die Kündigung reichten ein 190 Weber der Schlesischen Textilwerke in Landshut. Nachdem in der Woche vorher festgestellt worden war, daß 114 Weber nur auf einen Durchschnittslohn von 10,44 M. pro Woche gekommen waren, ergaben die Aufnahmen am letzten Sonnabend, daß der Wochenlohn von 125 Weber 13,12 M. pro Woche betrug, der Durchschnittswochenlohn also 10,91 M. Unter diesen 125 verdienten nur 31 mehr als 12 M. 91 dagegen hatten einen Lohn von 12 bis 15 M. abwärts zu verzeichnen. Also 91 oder 75 Proz. von diesen 125 kamen nur auf einen Durchschnittslohn von 9,60 M. pro Woche, macht einen Jahresverdienst von 499,20 M. Bei den Millionen der Aktiengesellschaft Schlesische Textilwerke verdienen also 75 Proz. der Weber im Jahre 20 M. weniger, als nach den statistischen Erhebungen der Gewerkschaft der schlesischen Textilarbeiter im Durchschnitt verziert werden.

Charakteristisch für das System der Arbeitervorwohnung ist der Ausspruch des Inspektors, der den Webern, die die Kündigung überbrachten, sagte: "Hat man sich den Schritt auch richtig überlegt und weiß man auch, daß mit der Arbeit zugleich die Wohnung gekündigt ist?" — Ja, Stabel Webe, wenn du an deinen Seiten rüttelst! — Wenn bis zum 25. Juni die Arbeiter ihre Kündigungen nicht zurückgezogen haben würden, sollte eine Aussperrung erfolgen. Bei Schluß der Rebellion war noch nicht bekannt, welchen Entschluß die Arbeiter gefasst haben.

Differenzen wegen Maßregelung zweier unserer Mitglieder sind in Herzberg a. Harz ausgebrochen. Zugang ist natürlich zu unterlassen.

Lohnbewegung der Textilarbeiter in Schweidnitz. In einer zahlreich besuchten Versammlung der Textilarbeiter in Schweidnitz wurden deren Lohnverhältnisse in eingehender Weise besprochen sowie die aufzustellenden Forderungen erörtert. Die Arbeitnehmer fanden eine Resolution, in welcher die betreffenden Forderungen als die alleinige Grundlage bezeichnet werden, auf der weiter gearbeitet werden soll. Die Versammlung beauftragte die Vorstände der einzelnen Organisationen, die Forderungen noch einmal gemeinsam durchzutragen und sie alsdann den Arbeitgebern einzurichten.

Die Arbeiter der Färbereiindustrie von Greiz-Gera sind in eine neue Bewegung eingetreten. Sie wollen alsbald eine Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden verlangen. Verhandlungen sind bereits eingeleitet.

Der Abwehrstreik der Bläschweber bei Nossen u. Lucas in Elberfeld (Fabrik in Möbelstoffen, Mouquette, Rückenplüsch und Doppelplüsch) nimmt gleichfalls seinen Fortgang.

In der Aussperrung der Handarbeiter bei Summa Schiene in Oberkotau ist auch noch keine Aenderung eingetreten.

Der Streik bei Georg Möller in Gefrees (Bayern), den dortigen Arbeiter um Anerkennung ihrer Organisation führen, hat auch noch keine Wendung aufzuweisen. Da Herr Möller Bürgermeister des Ortes ist, glaubt er vielleicht, möglichst lange Widerstand leisten zu müssen. Nutzen dürfte es ihm nichts, denn er hat nicht allein die geschlossene Arbeiterschaft, sondern auch fast die ganze Bürgerschaft gegen sich.

Bei der Firma H. Weller in Kirchberg i. S. kam es zu einem kurzen Streik, der mit Bewilligung der Arbeiterversammlungen endete.

Bon einer Aussperrung sind die Tüllweber bedroht, falls die der Firma David Richter in Chemnitz in den Streik treten.

Sämtliche Tüllwebervereine Sachsen's haben sich zur Wahrung gemeinsamer Interessen solidarisch verbunden und sich gegenseitig verpflichtet, Tüllweber aus dem Betrieb von David Richter nicht einzutreffen. Zugang nach Chemnitz (Richter) ist natürlich zu unterlassen.

In eine Lohnbewegung eingetreten sind die Arbeiter der Firmen Gehr. August und Schöne u. Böhme in Wehrsdorf, sowie die der Firma Meisha A.-G. in Schönau.

700 Unterarbeiter in Schiffsied fordern eine Lohnhöhung.

Die Arbeiter dreier Fabriken in Hof i. B. sind gleichfalls mit Verhandlungen an die Unternehmer herangetreten.

In der Wollgarngewinnerei in Langensalza (Thüringen) sind die Arbeiter in eine Bewegung für Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten.

Eine internationale Konferenz der christlichen Textilarbeiterorganisationen fand vor kurzem in Holland statt. Aus Deutschland war der Reichstagabgeordnete Schiffer, der Leiter des Verbands christlicher Textilarbeiter, ers

Husland.

Holstein. In unserem Bericht in Nr. 23 über die Entwicklung der Textilarbeiterorganisation in Holstein wolle man gefügtigst statt "2000 2500 Mitglieder" lesen. Da die Auslage des Bundesorgans auf 2000 angegeben war, wird der Leser den Druckschreiber vielleicht schon erkannt haben.

Österreich. Die Wiener Textilarbeiter haben folgende allgemeine Forderungen an die Unternehmer gestellt:

1. Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden täglich, Arbeitstäglich nur Sonntag um 12 Uhr mittags.

2. Anerkennung der von der Organisation gewählten Vertreterinnen.

3. Freigabe des 1. Mai.

4. Abschaffung der Strafen.

5. Vergütung sämtlicher Arbeiter bei der Krankenfalle auf 70 Proz. des Lohnes.

6. Überarbeitsentgelt wird mit 50 Proz. nicht bezahlt.

7. Beitritt sämtlicher Herren Unternehmer samt der Arbeiterchaft aus Pensionsfalle in Brunn.

8. Anständige Behandlung der Arbeiterschaft.

9. Wegen Überverfügung dieser Forderungen darf innerhalb sechs Monaten niemand aus der Arbeit entlassen werden.

Die Parteigruppen der Weber, Spulierinnen, Vorrichter, Spinnar usw. haben jede für sich noch eine Reihe Sonderforderungen gestellt. Vom Streit im Appartement ist diese Mode zu vermeiden, daß bei Haase wegen der vielen Streitbrecher der Kampf abgedroht wurde. Die Arbeiter können sich bei den Streitbrechern dafür bedanken, daß sie nach neun Wochen langem Streit die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen müssen. Es war eine große Empörung unter den Streitenden, als dieser Beschuß gefaßt wurde, und besonders abfällig wurde da über die ersten Streitbrecher, was gerade Hechler waren, geurteilt. — In den Porzellanfabriken Gray, Ecke u. Sohn in Marchfeld ist die elfstündige Arbeitszeit auf 10½ Stunden verkürzt. — An Verano haben die Arbeiter der Textilwerke des Barons d. Lubins folgende Forderungen gestellt:

1. Einführung der achtstündigen Arbeitszeit

2. Eine zehnprozentige Lohnverhöhung.

3. Ansteuerungen soll bloß im Einvernehmen mit den Arbeitern gearbeitet werden.

4. Weisung eines besseren Materials, damit die Arbeiter nicht am Verdienst gefürchtet werden. Im Falle schlechten Materials eine entsprechende Entschädigung.

5. Das Massenfest bei den Weben soll abgeschafft werden, die Lohnzüge für verschuldet schlechte Ware dürfen nicht mehr als bis 10 Proz. betragen.

6. Die im Kloster arbeitenden Kategorien soll ein Lohn-Tarif angeschlagen werden.

Zu der Seidenweberei von Wilhelm Bachrach in Bergstedt ist es zum Abschluß eines für die Arbeiter nicht ungünstigen Vertrages gekommen. — Der Streit in der Seidenweberei Herzfeld u. Hölsch in Hradlo wurde nach vierzehntägiger Dauer beendet, obwohl außer der Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden nichts erreicht wurde. Die Arbeit wurde deshalb wieder aufgenommen, weil die nationalen Arbeiter, die diesen Streit initiiert und im Betriebe die Majorität haben, kein Geld zur Unterstützung hatten. Die Union unterstützte selbstredend doch ihre Mitglieder. Die Hälfte der Siedenindustrie hat sich somit wieder offenkundig erwiesen. — In Sternberg dauerte Streit und Aussperrung fort. — Der Streit bei Bacher, Bacher u. Co. in Wien (Färber- und Appretur), zu dem noch eine Aussperrung hinzutrat, ist auf Grund folgender Vereinbarung beendet worden: Lohnverhöhung: Von 100 bis in 1000, inl. Tornisterlohn, 5 Proz. — Deden 160/250 5 Proz. — Zwirner 5 Proz. — Beim Musterweberei Männer 18 Kr., Frauen 14,40 Kr. — Wochenarbeiter sofort 1 Kr. für Männer, 50 Pf. für Frauen. Am 15. Juni 1908 eine weitere Erhöhung von 1 Kr. für Männer, 50 Pf. für Frauen. — Für Überstunden 50 Proz. Aufschlag. Der Vertrag währt bis zum 15. Juni 1910.

Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen.**Deutsches Reich.**

Der Kampf im Baumwollverein Berlins zeigt immer mehr, daß die Unternehmer zum Ziel hatten und haben, die Kassen der Arbeiterorganisation zu leeren. Sie gestehen jetzt aber auch schon ehrlichlos ein, daß sie dieses Ziel nicht erreichen werden. Genauso gestehen sie schon zu, daß es ihnen schwer werden dürfte, einen Kartell zu bekommen, von dem die Arbeiter nichts wissen wollen. Die Unternehmer werden also um so kleinlauter, je länger der Kampf währt. Das stolze Siegesbewußtsein, mit dem sie seinerzeit die Aussperrung androhten, scheint einer Art Rattenjammer gewichen zu sein. Viele waren übrigens längst schon flug genug, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen und arbeiten zu lassen. Die Leitung der Unternehmer fühlt sich immer mehr isoliert und wäre jetzt sicher froh, wenn sie den Kampf gar nicht aufgenommen hätte. Sie hat wohl auch nicht an die Möglichkeit geplaukt, daß trotz Aufstellung der Sperrre an die Arbeiter an ihren Forderungen festhalten und dort streiten würden, wo dieselben nicht bewilligt würden. So wurden die Angegriffenen zu Angreifern und die Angreifer zu Angegriffenen, in welch letzterer Rolle die Unternehmer sich natürlich nicht wohl fühlen können, namentlich wenn sie sich erinnern, daß sie die Kunden, die ihnen der Kampf schlägt, sich indirekt selber zugefügt haben.

Der Verband der Graveure und Glazieure hat seinen Anschluß an den Deutschen Metallarbeiterverband beschlossen.

Ausland.

Österreich. Zu Prag sind circa 1800 Handelschuhmacher ausgesperrt worden. Die Unternehmer haben die Vernichtung der Arbeiterorganisation geplant. Um deren Kasse leer zu können, haben sie auch in einem anderen Ort mehrere Hunderte Arbeiter auf drei Wochen ausgesperrt, damit sie der Gewerkschaftskasse zur Last fallen. Die Arbeiter in Prag haben zwar ihre Forderungen zurückgezogen, doch die Unternehmer provozieren in jeder Weise weiter, um ihrem Ziele näher zu kommen. Zur Unterstützung der bedrohten Gewerkschaft erklärte das internationale Sekretariat der Handelschuhmacher, dessen Sitz sich in Berlin befindet, einen Aufruf an den Handelschuhmacher aller Länder.

Ungarn. Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung in Kiew. Ungeachtet der schwachen Entwicklung der Kapitalistischen Erzindustrie in Kiew hat die gewerkschaftliche Bewegung hier reichen Boden gefunden. In berührungslos kurzer Zeit haben einige Gewerkschaften solche Fortschritte gemacht, daß ihre Zukunft als gesichert angesehen werden kann. An erster Stelle steht hier — wie übrigens auch im ganzen Reiche — der Buchdruckerhandwerk, der hier gegen 800 Mitglieder zählt und fast alle Vertreter des Gewerbes am Orte vereinigt. Die Tätigkeit der Gewerkschaften besteht, abgesehen von der kulturellen Arbeit unter den Mitgliedern des betreffenden Gewerbes, hauptsächlich darin, die unregelten Beziehungen, die zwischen den einzelnen Arbeitern und den Arbeitgebern herrschen, durch Kollektivverträge zu ersegen. In dieser Beziehung haben die Gewerkschaften viel geschafft. Eine bedeutende Anzahl von Unternehmern anerkennt die Kompetenz der Gewerkschaften; verschiedene Stolfsitze, die zwischen Arbeitern und Unternehmern ausbrechen — bei allem werden die Gewerkschaften mitwirken oder vermittelnd herangezogen. — Eine Konferenz der Schneider des Moskauer Industriekontors fand jüngst statt auf welcher 10 Gewerkschaften vertreten waren.

Es wurde auf der Konferenz das Statut des Gewerkschaftsverbandes ausgearbeitet und die Frage des Kollektivvertrages beraten. Zur Durchführung des Kollektivvertrages empfahl die Konferenz den einzelnen Verbänden folgendes: 1. Erklärung der Arbeiterschaft und Lebensbedingungen der Arbeiter sowie Ausarbeitung von Forderungen für das gesamte Gewerbe und einzelne Kategorien des selben. 2. Bestreitung seitens der Verbandsleitung, die Forderungen der Arbeiter zu sichern und die Verhandlungen während der Ausstände zu teilen. 3. Anerkennung des Verbandes seitens der Unternehmer zur Gesamtverfügung zu machen. 4. Die Vereinbarungen in schriftlicher Form niedergeschrieben. 5. Die wichtigsten Punkte des Kollektivvertrages in die Arbeitsbücher hineinzutragen. 6. Bei Abschluß des Kollektivvertrages jegliche materielle Verantwortung des Verbandes für Nichteinhaltung desselben abzulehnen.

Politische Nachrichten.

Der Bundesrat hat dem Ausschussberichte über die Vorlage betreffend Entwürfe von Nachrichten zu den Grundsätzen über die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen mit Militärangestellten die Zustimmung erteilt. Annahme fanden ferner die Vorlage betreffend den Wegfall der Veröffentlichung der monatlichen Nachrichten der Einheiten an Wechselsteuer und der Entwurf einer Eisenbahnsignalordnung. Dem Entwurf eines Landesbehördensteuergegesetzes für Elsaß-Lothringen wurde in der vom Landesausschuss beschlossene Fassung zugestimmt. Für die Rechnung der Landesschuldenverwaltung von Elsaß-Lothringen für das Rechnungsjahr 1908 wurde Entlastung erteilt. Schließlich sah die Verfassung über mehrere Eingangsbeschluß.

Graf Posadowsky geht. Die schwachen sozialpolitischen Anwendungen des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern sind den herrschenden Männern in der Regierung, die die Politik der industriellen und jungerlichen Schaffnäher vertreten, unbeliebt. Als sein Nachfolger ist der preußische Minister des Innern b. Helmuth Hollweg in Aussicht genommen. — An die Stelle des ausscheidenden Kultusministers v. Stadt wird der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Solle treten. Minister des Innern soll v. Lotte werden.

Die Bewegung der Weinbauern in Südbayern, über welche wir schon in vorheriger Nummer berichtet haben, hat einen sehr ernsten Charakter angenommen und ist in offene Rebellion ausgeartet. Der Bürgerkrieg mit allen seinen Schrecken: mit Straßenkampf, Bürgermord, Demolition und Verwüstung herrscht; selbst die Brandfackel ist schon geworfen und Präsenturen in Brand gestellt worden. Hunderte von Soldaten meutern und verbüßen ihre Käferne, zum Zeichen, daß sie der staatlichen Autorität nicht mehr gehorchen und mit den Aufständischen gemeinsame Sache machen wollen. Seit 1871 ist in Frankreich nicht mehr so viel Blut vergossen worden wie in den letzten Tagen.

Soziales.

Textilarbeiterlohn. Die "seidenen" Textilarbeiter sind kaum besser gestellt, als die "baumwollenen". Nach dem Geschäftsbuch der Seidenbergenossenschaft für das Jahr 1908 sind in dieser Gruppe 70 579 Arbeiter in 2250 Betrieben versichert. Im Jahre 1804 waren nur 46 250 Personen in der Berufsgenossenschaft versichert, die Seidenindustrie hat sich also in Deutschland gut entwickelt. Um so wichtiger ist es für die ganze Volkswirtschaft und für den Stand der sozialen Verhältnisse in allgemeinen, wenn die Seidenarbeiter berühmtheitlich hohe Löhne erzielen. Leider kann das nicht konstatiert werden. Nach dem Bericht beträgt nämlich der Durchschnittslohn pro Jahr:

1. in Handbetrieben jeglicher Art	800,08 M.
2. „ Betrieben der Spinnerei und Weberei	582,88 "
3. „ Seiden-, Seidenhandwebereien, Seiden-trocknungsanstalten, Krautwaffelfabriken	814,81 "
4. „ Samt- und Seidenbandwebereien	1020,01 "
5. „ Färberwerken	1086,07 "
6. „ Florettspinnereien	601,29 "
7. „ Appreturen und Samtschereien	916,62 "
8. „ Handwerker, Schlosser, Heizer usw.	1001,50 "

Die Berufsgenossenschaft ist in zwei Sektionen geteilt. In Sektion I beträgt der Durchschnittslohn pro Kopf und Jahr 908,57 Mark und in Sektion II gar nur 713,10 M. In zehn Jahren ist der Durchschnittslohn nur von 218,06 M. resp. 188,90 M. pro Kopf und Jahr gestiegen. Beachtenswert ist, daß der Wirkungskreis der Sektion II, deren Löhne niedriger sind als die der Sektion I, Süddeutschland ist, wogegen der Wirkungskreis der Sektion I Norddeutschland ist. Der Süden weist also auch in dieser Branche noch niedrigere Löhne auf als der Norden. In den badischen Bezirksämtern Hächtingen und Waldshut wurden 300 Versicherungspflichtige Haushaltsbetreibende ermittelt. Es sind das solche Unternehmer, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibenden (Seidenbandwebereien der Sektion II) mit der Herstellung oder Bearbeitung von Erzeugnissen der Seidenindustrie beschäftigt werden. Im Bezirk der Sektion I sind etwa 9500 in der Haushaltswirtschaft in ähnlichen Weise tätige Personen vorhanden, die seit Jahren in unserem Kataster eingetragen sind, ohne daß dagegen mit irgendwelchem Erfolg Verhinderung eingelegt wurde. Unsere Rufforherung an die erwähnten Unternehmer der Sektion II, ihren Betrieb anzumelden, blieb jedoch erfolglos und zwar weil dieselben von den zuständigen Bezirksämtern angewiesen worden waren, die Anmeldung abzulehnen. Die Bezirksamter halten diese Unternehmer nicht für versicherungspflichtig, weil sie der Meinung sind, daß dieselben der Kategorie der bisher nicht versicherungspflichtigen Heimarbeiter angehören. Diese Ansicht ist jedoch irrig. Es liegen alle gesetzlichen und statutarischen Merkmale der Versicherungspflicht vor.

Die Heimarbeiter bilden also in dieser Branche noch einen erheblichen Teil der Arbeiterschaft. Trotzdem sind sie aber nicht einmal alle gegen Unfall versichert, wie dem vorliegenden Stoßfusser zu entnehmen ist, obwohl bei ihnen die Unfallgefahr nicht geringer ist wie bei den direkt beim Fabrikbesitzer beschäftigten Arbeitern. Viel würde ihnen das aber auch nicht nützen. Im Berichtsjahr wurden der Berufsgenossenschaft insgesamt 498 Unfälle gemeldet. Die Zahl ist verhältnismäßig sehr gering. Entschädigt wurden davon nur 92 Fälle. Die Sektion I der Berufsgenossenschaft hatte die meisten Unfälle: 400, schreibt aber selbst: „Die Zahl der entschädigten Fälle war geringer als im Vorjahr (66 gegen 76).“ Auch die Entschädigungssumme ist zurückgegangen. „Dieses außerordentlich günstige Resultat wurde hauptsächlich durch die sorgfältige Beobachtung und Kontrolle jedes einzelnen Vertrages erreicht.“ Bei einer Reihe von Fällen sei durch mündliche Vorstellung erreicht worden, daß sich die Verletzten „von der Vollständigkeit ihrer Anprüche überzeugen ließen.“

Das leichtere dürfte nicht ganz richtig sein: die Verletzten haben sich aber wohl überzeugen lassen, daß ihre Ansprüche nicht befriedigt würden, obwohl sie ihrer Ansicht nach berechtigt waren, denn im Rentenkassen scheint ja die Berufsgenossenschaft keine unerhebliche Geschicklichkeit zu entdecken, was den Verletzten kommt geworden sein dürfte. Sagt doch der Bericht selbst ganz offen:

„Die Nachprüfung der in den Arztattesten vorgebrachten Prozentzahlen der Klienten an Ort und Stelle durch Rücksprache mit den Verletzten usw. ergab, daß die Säcke zu hoch gepräst waren! Zum Beispiel wurde statt der vorgebrachten 35 bis 40 Proz. nur 30 Proz. bewilligt, ohne daß die Verletzten Widerspruch erhoben hätten!“

Als ob das ein Beweis dafür wäre, daß sie ihren Anpruch als unberechtigt ansiehen. Vielleicht hatten sie nur keine Hoffnung, daß sie über die Berufsgenossenschaft ein obiegendes Urteil erlangen könnten.

Vereinsgesetzliches.

Zur Handhabung des Versammlungsrechts. Gegen die hier und da gräßige Praxis der Polizeiverwaltungsorgane, nicht öffentliche Versammlungen zu verbieten, weil der in Aussicht genommene Raum zu klein sei, wendet sich eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts. Zu löschen wäre nur eine polizeiliche Beschränkung der Teilnehmerzahl oder die Anordnung gewisse Änderungen des baulichen Zustandes vorzunehmen. Ob die Polizei überall nach dieser Entscheidung handeln wird, bleibt abzuwarten.

Gerichtliches.

Ist die Androhung des Boykotts strafbar? Die Beantwortung dieser Frage hat den Gerichten schon viel Kopfzerbrechen gemacht. Vieles sind sie der Meinung, daß die Androhung eines Boykotts unter den Erpressungsparagraphen (§ 253 des Strafgesetzbuchs) fasse, also strafbar sei. Expressum oder ein Versuch dazu kann aber nur angenommen werden, wenn ein rechtmäßiger Vermögensvorteil erwartet wird; eine Expressum nur um eines Prinzip's willen kennt das Strafgesetz nicht und es sieht nur eine Handlung darin als einen Expressumversuch an, wenn der sie ausübt, sich damit einen Vermögensvorteil zu verschaffen sucht. Vergleichend ist aber bei einem Boykott nicht leicht zu entscheiden, denn wer wird denn einen Boykott androhen, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen? Die Gerichte haben aber in ähnlichen Fällen schon so deduziert: es wird durch die Androhung irgend eines Nebels für eine Interessengemeinschaft ein Vorlese erwartet, und jeder einzelne Angehörige derselben profitiert davon. So ist wenigstens schon in Fällen gefolgt worden, wo dem Unternehmer ein Streit angebrochen worden war für den Fall, daß er gewisse Forderungen der Arbeiterschaft nicht bewilligen würde. Die Willigung würde der ganzen Interessengemeinschaft zugute kommen, folgerte man, also auch dem einzelnen Angehörigen derselben, mit ihm auch dem, der die Drohung aussprach. Es hat schon in manchen Fällen solcher Fälle nichts genutzt, daß der Angehörige darauf verzweigte, daß das Streitrecht doch kaum anders ausgeübt werden könnte, als daß man zunächst den Streit androht. Eine Forderung wird gestellt und — abgelehnt. Der nächste Schritt ist die Ründigung. Bei dieser braucht ja zwar der Grund nicht angegeben zu werden, allein auf eine Frage der Betriebsleitung nach diesem Grunde wird er genannt werden, schon in der Hoffnung, daß sich dann der Streit umgehen lassen könnte; weil der Unternehmer den Grund der Ründigung braucht, er es nicht zum Streit kommen zu lassen, wenn er die Ursache der Ründigung beseitigt, also die Forderungen derer, die gefündigt haben, erfüllt. Über diese Argumentation hat nicht immer wegen Expressum angeklagt gewesene Arbeiterschreiber vor Bestrafung bewahrt. Nach solchem Verlauf der Dinge braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn auch in der Androhung eines Boykotts der Versuch einer Expressum erblieb, denn liegen hier die Dinge auch nicht ganz so wie in dem Falle, wo ein Streit angebrochen wird, so doch ähnlich. Doch nicht allein deshalb wird die Androhung eines Boykotts als strafbar angesehen, sondern auch, weil sie gegen den § 168 der Gewerbeordnung verstößt, nach dem sich derjenige strafbar macht, der andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, Erzürnung oder Verunsicherung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen und Vereinigungen zum Schutz der Erwerbung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder von ihnen zurückzutreten. Es kann sich hier zwar nur um Verabredungen innerhalb einer und derselben Berufsgruppe handeln, wogegen doch ein Boykott durch eine soziale Schicht gegen eine andere ausgeübt wird; allein in Juristenkreisen ist man auch der Auffassung, daß es sich bei Anwendung dieser Gesetzesbestimmung auch um Handlungen einer sozialen Schicht gegen eine andere handeln kann. Und da ein Boykott eine Handlung ist, die von einer Schicht gegen eine andere geübt wird, vielleicht zugunsten einer Verabredung, die innerhalb der einen Partei getroffen ist, niemand aber durch Drohungen „andere“ zu bestimmen versucht, an dieser Verabredung teilzunehmen, so erscheint eben manchem Juristen eine Bestimmung durch Androhung eines Boykotts verletzt. Es ist also in Juristenkreisen noch keine ausgemachte Sache, ob der § 168 nicht auch geschaffen ist, den Unternehmer (Arbeitgeber) vor Drohungen durch die Gegenseite, an welche siehe stehenden Verabredungen teilzunehmen, zu schützen. Die Konsequenz davon wäre, daß auch die Arbeitnehmer vor Drohungen mit Aussperrung davor geschützt werden müßten, an einer Verabredung teilzunehmen, die auf Unternehmerseite zustande gekommen ist, nämlich, sich den von den Unternehmern gestellten Bedingungen zu unterwerfen, z. B. zu dem bisherigen Lohn weiter zu arbeiten, wodurchfalls sie ausgesperrt würden. Wir wissen nicht, ob diese Frage in Juristenkreisen einmal erwogen worden ist. Da gegen wissen wir aber, daß der III. Strafgerichts des Reichsgerichts am 30. April 1908 die Frage, ob auch Unternehmer durch den § 168 der Gew.-O. vor Mögigung durch Arbeiter geschützt werden sollen, bejaht hat. Und der IV. Strafgericht des Reichsgerichts hat dasselbe, wenn auch etwas eingeschränkt, am Dienstag, 18. Juni d. J. auch getan. Und zwar auch in einer Boykottfrage. Und das geschieht, obwohl erst am 12. Juni 1908 der VI. Zivilsenat des Reichsgerichts den Boykott als nicht rechtswidrig angesehen hat. Mit Recht haben Staats- und Reichsanwaltschaft in dem neuern Fall (Urteil vom 18. Juni) dargelegt, daß die Worte: „Wer andere“ u. s. w. die Leute bezeichnen sollen, die auf der Seite stehen, die eine Verabredung getroffen hat und daß sie gegenwärtiger Rüffung den Arbeitnehmern die ihnen im § 168 G.-O. gewährte Koalitionsfreiheit entzogen würde. Der IV. Strafgericht trat aber ihren Ansichten nicht nach, sondern brachte zum Ausdruck, daß rechtlich nichts entgegenstehe, auch den Gegnern im Lohnkampf als den „ander

Verschiedenheit der für die einzelnen Mineralien angewandten Maßnahmen gestatten keine summarische Angabe für die Massen der geförderten Materialien; nur für jede einzelne Sorte ist das möglich. Insgesamt kann nur der Wert der geförderten Erze usw. angegeben werden, und da ergibt sich folgendes Entwicklungsbild:

Vierteljahr	Mineralien in Dollar	Bunahme absolut in Dollar	Prozent
1905	1 626 877 000		
1904	1 360 884 000	282 002 000	19,8
1903	1 491 885 000	181 001 000	8,8
1902	1 823 060 000	168 814 000	12,8
1901	1 141 972 000	167 007 000	14,8
1900	1 107 020 000	84 052 000	8,2
1899	1 014 856 000	62 064 000	9,2

Seit 1899 ist die Mineralerzeugung ihrem Gelbwerte nach um 609 521 000 Dollar, das sind 60,1 Proz. gestiegen. In diesen Jahren spiegelt sich ein gut Stück kapitalistischer Entwicklung der Vereinigten Staaten wieder. Sind doch allein Kohle und Eisen an den Wertmengen mit 677 298 000 Dollar beteiligt.

Den größten Anteil an der amerikanischen Erzgewinnung nehmen die Kohlen in Anspruch. Die amerikanische Förderung übertrifft die aller anderen Länder ganz außerordentlich stark.

Über ein Drittel der gesamten Kohlenförderung der Erde liefert jetzt schon Amerika allein.

Mit Amerika kann sich nur ein Land der Erde in bezug auf Kohlenreichtum messen, nämlich China.

Bermischtes.

Arbeiterturnerbund. Zwecks Paralysierung der muskel-erweichenden industriellen Tätigkeit stellt der Bund folgende Forderungen an Staat und Gesellschaft: „1. Die Einführung des obligatorischen Arbeitsunterrichts in allen Bildungsanstalten. 2. Die Einführung bzw. Erweiterung des obligatorischen Spiel- und Turnunterrichts in den Volks-, Gemeinde- und Fortbildungsschulen durch eigens zu diesem Zweck vorgebildete Lehrer und Lehrerinnen. 3. Die kostenfreie Überlassung der Turnhallen und der öffentlichen Spiel-, Sport- und Badeplätze an alle Vereinigungen, die der Bevölkerung den Erogen der Leibesübungen nicht gewerbsmäßig vermittelten. Schaffung von solchen Plätzen dort, wo keine vorhanden. 4. Schaffung eines arbeitsfreien Wochentags für alle zum Besuch der Fortbildungsschulen verpflichteten Schüler und Schülerinnen für den Tag des Schulbesuchs, Festlegung eines Maximalarbeitsstages, Verbot der Sonntagsarbeit, Verdärfung der Gewerbeaufsicht für die Betriebe mit jugendlichen Arbeitern. 5. Aufhebung der vereinsgesetzlichen Beschränkungen für alle im Abfall 3 dieser Erläuterungen näher bezeichneten Vereinigungen, vollkommene Lehrfreiheit auf dem Gebiete der Leibesübungen für alle Befähigten ohne Unterschied der Parteistellung.“ An die Arbeiterschaft richtet der Bund die Aufforderung, mehr wie bisher dem Turnen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der Nationalwohlstand Japans wird auf über 26 Milliarden Yen geschätzt. Die Zahl beruht auf folgender Berechnung:

Nationalwohlstand Japans Ende 1904. 22 742 047 424 Yen
Geschäftszunahme seitdem 5 Proz. von
dieser Summe

1 187 102 871

28 870 140 785 Yen

Hierüber ist abgezogen die gesamte auswärtige Staatschuld, nämlich 1 285 271 000 Yen. Zu dem danach verbleibenden Rest von 22 648 877 795 Yen ist addiert der Nationalwohlstand von Formosa, der seit Ende 1904 auf 2 877 629 815 Yen geschätzt wird, zugleich eines Wertzuwachses von 5 Proz. = 118 881 968 Yen

so daß sich als Nationalwohlstand Japans um die Mitte des Jahres 1908 eine Summe von 26 140 889 576 Yen ergibt.

Die größte Stadt London ist noch immer die einzige Stadt, die sich einer Bevölkerung von über 4 000 000 Menschen rühmen kann. New-York steht an zweiter Stelle, wie die nachfolgende Tabelle ergibt:

London	4 872 710
New-York	8 487 000
Paris	2 714 000
Berlin	2 040 000
Edo	1 819 000
Chicago	1 699 000
Wien	1 675 000
Philadelphia	1 204 000
St. Petersburg	1 266 000
Moskau	1 030 000
Buenos Aires	1 026 000

Mißstände im Textilgewerbe.

Zu Crimmitshau, in der Tuchfabrik von C. O. Zöppel, wird der Arbeitnehmer nicht von einem bestimmten, mit dem Mechanismus völlig vertrauten Arbeiter bedient, wodurch leicht ein Unfall geschehen kann. Für die Frauen fehlt es an besonderen Aufleideräumen. Auch fehlt es an einer ausreichenden Wascheinrichtung.

In Seifersdorf, in der Bunthweberei, fehlen an den Worten für Männer die Türen. Die Frauen, welche ein Bedürfnis fühlen, müssen dieses Panorama passieren. Vielleicht sieht sich der Herr Gewerbeinspektor das auch mal an.

In Sorau, in der Wendischen Weberei, steht jetzt die Sonntagsarbeitserlaubnis wieder in der schönen Blüte. Es werden dort Sonntagsarbeiten verrichtet, welche keine Betriebsstörungen verursachen, also auch an Werktagen ausgeübt werden können.

Berichte aus Fachkreisen.

Ansbach. Seit vorigem Jahre besteht in der hiesigen Teppichfabrik auch eine mechanische Weberei. Aus allen Enden Deutschlands und Österreichs suchte man damals wie auch jetzt noch Weber hierher zu lassen. Der Hauptgrund lag wohl darin, möglichst Unorganisierte zu bekommen. Jedoch unsere deutschen Nachbarn waren immer organisiert, und so kann man wohl sagen, die Spekulation war eine verschleierte. Dadurch, daß die Kollegen sich bewußt waren, wohin sie gehörten, gelang es auch in diesem Jahre, wenn auch nicht zur vollständigen Zustimmung der Kollegen, einen Lohntarif zu schaffen. Vor Schaffung des Tarifes wurden die Löhne nach Gündungen des Unternehmers gezahlt. Sache der Kollegen wird es sein müssen, durch einmütiges Zusammenschließen in der Organisation das, was noch nicht erreicht, aber versprochen ist, in Zukunft nachzuholen. Die Kollegen mögen sich nicht beeinflussen lassen durch das Verhalten des Nachbarunternehmers Bernhard. In puncto Organisation müssen alle egoistischen Bestrebungen dem großen idealen Ziele gegenüber zurücktreten. Dieser Bernhard schien aber andere Grundsätze zu haben. Nur der Nachsicht der hiesigen Filiale hat er es zu verdanken, daß er nicht ausgeschlossen wurde, sondern man ihm seitlich seinen Austritt zu erklären. Wir würden diese Angelegenheit gar nicht berühren, wenn nicht die Vermutung nahe liege, daß ein falscher Bericht an andere Fabrikanten geführt hätte. Sollte von Bernhard irgendwann ein Bericht zugegangen sein, so erfüllen wir, sich bei der hiesigen Filiale Verantwortung nach dem Sachverhalt zu erfüllen.

Ansbach. In unserer letzten Versammlung sprach Kollege Gaulitz, „Bürgernachrichten über das Thema: „Die arbeitende Klasse, ihre Freunde und Feinde.“ In seinem von den Kollegen beispielhaft aufgenommenen Vortrage schilderte derselbe recht an-

schaulich, wie heute alles auf den Arbeiter drückt. Der wahre Freund der Arbeiter, das ist der Arbeiter selbst resp. seine selbst geschaffene Organisation. Diese Organisation auszubauen, müsse das Werkleben eines jeden Kollegen und einer jeden Kollegin sein, denn je größer dieselbe ist, je mehr die Arbeiter zum Bewußtsein ihrer Lage kommen, um so leichter wird es sein, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen. Auch hier wäre es einmal an den Zeit, daß die Arbeiter sich ihrer Lage bewußt würde, anstatt im Schlafmitten dahin zu leben. Zu jedem Betrieb hätte aber auch der Herr Gewerbeinspektor Gelegenheit, Arbeit für sich zu finden. Allerdings müßte er unverhofft und unangemeldet kommen. Würde dieser z. B. einmal Mittags die Teppichfabrik einer Kontrolle unterziehen, so würde er finden, daß ein Teil weiblicher Arbeitskräfte im Betrieb vorhanden ist und arbeitet. Dies geschieht nun zwar nicht auf Gehalt des Unternehmers. Der Betrieb ist von 6 bis 7 Uhr offen, das sind 13 Stunden. Auch unter Mittag wird derselbe nicht geschlossen und es arbeitet dann wer will. Daß der Lohn dabei nicht steigt, ist selbstverständlich; je mehr man schafft, um so niedriger wird die Lohnbezahlung sein. Die Arbeiterinnen werden das bald einsehen.

Bachfeld. Am Sonntag, den 30. Juni, vormittags 11½ Uhr, findet im Verbandslokal („Wahlerischer Hof“) eine außerordentliche Generalversammlung statt. In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung werden die Kollegen gebeten, vollständig zu erscheinen. Chemnitz. Eine außerordentliche Generalversammlung der hiesigen Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes fand Sonnabend, den 15. Juni, im „Schuhhaus“ statt. Zur Tagesordnung standen: 1. Beratung und Beschlusstafung über Anstellung eines zweiten Geschäftsführers eben. Wahl einer Kommission hierzu. 2. Neuwahl der Kartelldelegierten. 3. Vereinsangelegenheiten. In ausführlicher Weise legte der Vorsitzende, Kollege Meinhold, unter Punkt 1 die Gründe dar, welche den Vorstand veranlaßten, die Anstellung eines zweiten Geschäftsführers zu beantragen. Die Mitgliederzahl habe sich seit ungefähr einem Jahr nahezu verdoppelt. Damit sei selbstverständlich auch die Arbeit eine vermehrte geworden. Aber nach ein großes Arbeitsjahr liege vor uns, und in der Agitation dürfe nicht nachgelassen werden. Um aber eine solche nutzbringend weiter betreiben zu können, reiche eine Person entschieden nicht mehr aus. Unsere finanziellen Verhältnisse seien derart günstig, daß wir die Bezahlung eines zweiten Beamten aus den Mitteln der Lokalfeste unbedeutlich übernehmen könnten. Verschiedene irrite Meinungen, welche darüber unter der Mitgliedschaft vorhanden waren, zerstreute Redner von vornherein sehr treffend. In der Diskussion sprachen sich dem auch sämtliche Redner für den Antrag des Vorstandes aus. Allesamt wurde die Notwendigkeit hierzu anerkannt und die Anstellung eines zweiten Geschäftsführers hierauf einstimig beschlossen. Unter Punkt 2 gab der Vorsitzende bekannt, daß nach den neuen Bestimmungen im Gewerbeaufsatz ab 1. Juli die Beitragsleistung sowie Vertretung eine andere wird. Aufgedeckt machen sich die Wahl von 8 Kartelldelegierten notwendig. Eine längere Diskussion entspann sich zunächst über diesen Punkt. Als Kartelldelegierte wurden gewählt die Kollegen Horstebü, Meinhold, Dr. Recheler, Mehner, Reichelt und Kollegin Wagner. Unter „Vereinsangelegenheiten“ fand noch ein Austausch über einen geplanten Ausflug statt.

Crimmitschan. Wie man das Schmiedehorizontum greift zu ziehen sucht, zeigt folgender Fall, der sich in einer hiesigen Buchdruckerei auftrug. Einem Weber war, weil er Fehler im Gelehrte befehligen mußte, ein erheblicher Lohnausfall erwachsen, wofür er eine Entschädigung beanspruchte. Diese wurde ihm verweigert, doch getrotzt, sich mit dem Meister gut zu stellen, damit er stets gute Seiten behalte. Auf die Erklärung des Webers, daß er kein Freund vom „Schmuse“ sei, erfolgte prompt die Entgegnung: „Mächtigen Freitag bekommen Sie die Kündigung.“ Kommentar überflüssig.

Edrich. Bei Herrn Gimpel wird jetzt das Dreistuhlsystem eingeführt, weil die Arbeiter mit zwei Stühlen zu wenig bedienen. Einem freiorganisierten Arbeiter verpflichtet Herr Gimpel 100 Ml. Trinkgeld, wenn er drei Jahrsperioden mit drei Stühlen arbeite; dieser lehnte jedoch rundweg ab. Ein christlich organisierte Meister holte sich dann das rote Nöschen und verdiente die erste Jahrsperiode mit drei Stühlen 48 Ml., doch brauchte er die Maschinen nicht zu pühen, die Stühle nicht herunterzuziehen und zu häubern, er brauchte nur zu weben und dabei wurde ihm vom Obermeister noch geholfen. Zeit müssen andere Arbeiter und hauptsächlich Arbeiterinnen auch mit drei Stühlen arbeiten, aber ohne daß ihnen jemand nachhilft. Am 8. Juni kündigte Herr Gimpel seinem Nachwächter, weil dieser nicht sagen wollte, wer ihm mitgeteilt hatte, daß ein Ober und ein Färbermeister am Freitag mit noch einer Person von hinten in die Fabrik gingen. Hiermit zur gef. Kenntnisnahme, daß der Arbeiter Rohr die betreffenden Personen zwischen 8 und 9 Uhr gesehen hat.

Fürth. Der Verbandskollege Antoni Lillemann aus Österreich ist am 12. Juni ertrunken aufgefunden worden. Er war am 2. Juni auf dem Gewerbeaufsatz und ist vermutlich auf dem Heimweg, den er nicht genau kannte, ins Wasser geraten. Da Lillemann keine Verwandten hat, haben ihm die hiesigen Gewinnweberei ein ehrenvolles Begräbnis bereitet.

Leipzig. Die Spinner hielten im „Volksbau“ eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Meyerbacher über die Kranken- und Unfallversicherung sprach. Als Delegierte zu der am 7. Juli in Gera laufenden Vorbesprechung der in Aussicht genommenen Spinnereiarbeiterkonferenz wurden die Kollegen Philipp, Lange, Dörlsler und Fichtner gewählt. Die beiden ersten als Vertreter der Baumwollwaren, die beiden letzten als Vertreter der Baumwollebranche. Kritisirt wurde das Verhalten derjenigen Kollegen, die sich die Arbeitszeit dadurch verlängern, daß sie vor der Zeit die Maschinen laufen lassen und so den Lohn auf Kosten ihrer Mitarbeiter zu erhöhen suchen.

Märkisch. Am letzten Sonnabend fand im Saale der Wirtschaftsamt eine gut besuchte öffentliche Textilarbeiter-Versammlung statt, in welcher Gewerbeaufsatz trat. In biss aus Straßburg über das Thema: „Die Verbesserung der Lebensmittel und ihrer Folgen auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Textilarbeiter“ referierte. In seinem fast zweistündigen, oft von lebhaften Beifällen unterbrochenen Referate kreiste der Redner fast sämtliche Gebiete des wirtschaftlichen Lebens. Von der Urzeit ausgehend, beprach der Redner die Entwicklung der Menschheit und der Kultur und führte der Versammlung klar vor Augen, wie sich das von jener unterdrückten arbeitenden Volk nach und nach aus der Leibeigenschaft und der Sklaverei herausgewunden hat, aber nicht, um frei zu sein, sondern um in der jetzigen Lohnstabserei des Kapitals weiter zu vegetieren. Daß die Textilarbeiter nicht imstande ist, die Steuerlasten, die auf ihr ruhen, zu tragen, wird jeder, der die Löhne in der Textilarbeiter- und hauptsächlich in den Gewerbetälern kennt, unumwunden zugeben müssen. Verträgt doch der Durchschnittslohn der Textilarbeiter im Elsass, nach amtlicher Statistik, bloß 2,84 Ml., während es auf der anderen Seite die Unternehmer vorzüglich berichten, riesige Prozente aus der Arbeiterschaft herauszubämmern. Dies trifft auch hier in hohem Maße auf die Textilarbeiterchaft des Oberlaales zu, deren Entlohnung in den meisten Betrieben des Tales als Hungerslohn bezeichnet werden kann. Diese traurigen Verhältnisse können nur durch eine starke Organisation gebessert werden.

Niederrhein. Unsere am Sonntag, 18. Juni, abgehaltene Versammlung war leider schwach besucht, was der Vorsitzende um so schärfer rügte, weil jetzt einige Fabrikanten mit ihren Werkmeistern versuchen, unsere Organisation zu vernichten. Angesichts dessen wäre ein strammes Zusammehalten gerade notwendig. — Am 20. Juli wird ein Sommerfest stattfinden.

Sorau. Missstände verschiedenster Art wurden wieder einmal in einer Monatsversammlung des Textilarbeiterverbandes aufgedeckt. Wenn in der Bunthweberei in Seifersdorf die Weber, welche alle in Stücklohn arbeiten, glaubten, das Stück, welches sie fertig gewebt hatten, müsse, gering geschäft, ab Meter lang sein, so wurden sie durch das Lohnbuch arg enttäuscht. Es fehlten dann immer welche Meter am Stück. Aber die sehr vorsichtig eingezogenen Informationen ergaben, daß die Meterzahl in den anderen Büchern richtig eingezeichnet war. Auf Vorstellungen hin wurde nun das „Versetzen“ bedauert und der Lohn auf vier Wochen nachgezahlt. Wie lange dieses „unvorsichtige“ Messen gedauert hat, ließ sich nicht feststellen. — In der Wendischen Weberei ist eine Wabe austall mit Brause- und Bännensbad für Männer und desgleichen für Frauen eingerichtet worden. Diese Einrichtung wäre anderen Betrieben sehr zu empfehlen.

Reutlingen. Als im Jahre 1893 infolge eines Streiks der Aufsichts- und Sekretär der Firma Schäffer eine Zabstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes hier gegründet wurde, da hegte man einige Hoffnung, daß sich die Gewerkschaftler von Reutlingen einmal ihrer sozialen Lage bestimmen würden. Das war aber leider nicht der Fall. Es war nur ein kurzes Aufschwung, Röhle ausnahmsweise sehr zu empfehlen.

Reutlingen. Als im Jahre 1893 infolge eines Streiks der Aufsichts- und Sekretär der Firma Schäffer eine Zabstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes hier gegründet wurde, da hegte man einige Hoffnung, daß sich die Gewerkschaftler von Reutlingen einmal ihrer sozialen Lage bestimmen würden. Das war aber leider nicht der Fall. Es war nur ein kurzes Aufschwung, Röhle ausnahmsweise sehr zu empfehlen.

Reutlingen. Als im Jahre 1893 infolge eines Streiks der Aufsichts- und Sekretär der Firma Schäffer eine Zabstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes hier gegründet wurde, da hegte man einige Hoffnung, daß sich die Gewerkschaftler von Reutlingen einmal ihrer sozialen Lage bestimmen würden. Das war aber leider nicht der Fall. Es war nur ein kurzes Aufschwung, Röhle ausnahmsweise sehr zu empfehlen.

Reutlingen. Als im Jahre 1893 infolge eines Streiks der Aufsichts- und Sekretär der Firma Schäffer eine Zabstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes hier gegründet wurde, da hegte man einige Hoffnung, daß sich die Gewerkschaftler von Reutlingen einmal ihrer sozialen Lage bestimmen würden. Das war aber leider nicht der Fall. Es war nur ein kurzes Aufschwung, Röhle ausnahmsweise sehr zu empfehlen.

Reutlingen. Als im Jahre 1893 infolge eines Streiks der Aufsichts- und Sekretär der Firma Schäffer eine Zabstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes hier gegründet wurde, da hegte man einige Hoffnung, daß sich die Gewerkschaftler von Reutlingen einmal ihrer sozialen Lage bestimmen würden. Das war aber leider nicht der Fall. Es war nur ein kurzes Aufschwung, Röhle ausnahmsweise sehr zu empfehlen.

Reutlingen. Als im Jahre 1893 infolge eines Streiks der Aufsichts- und Sekretär der Firma Schäffer eine Zabstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes hier gegründet wurde, da hegte man einige Hoffnung, daß sich die Gewerkschaftler von Reutlingen einmal ihrer sozialen Lage bestimmen würden. Das war aber leider nicht der Fall. Es war nur ein kurzes Aufschwung, Röhle ausnahmsweise sehr zu empfehlen.

Reutlingen. Als im Jahre 1893 infolge eines Streiks der Aufsichts- und Sekretär der Firma Schäffer eine Zabstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes hier gegründet wurde, da hegte man einige Hoffnung, daß sich die Gewerkschaftler von Reutlingen einmal ihrer sozialen Lage bestimmen würden. Das war aber leider nicht der Fall. Es war nur ein kurzes Aufschwung, Röhle ausnahmsweise sehr zu empfehlen.

Reutlingen. Als im Jahre 1893 infolge eines Streiks der Aufsichts- und Sekretär der Firma Schäffer eine Zabstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes hier gegründet wurde, da hegte man einige Hoffnung, daß sich die Gewerkschaftler von Reutlingen einmal ihrer sozialen Lage bestimmen würden. Das war aber leider nicht der Fall. Es war nur ein kurzes Aufschwung, Röhle ausnahmsweise sehr zu empfehlen.

Reutlingen. Als im Jahre 1893 infolge eines Streiks der Aufsichts- und Sekretär der Firma Schäffer eine Zabstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes hier gegründet wurde, da hegte man einige Hoffnung,

à l'Association textile, que le pauvre malheureux a pu s'en tirer. Elle lui a fourni un avocat, qui lui a fait gagner son procès.

Quelle honte pour des patrons, que la justice soit obligée d'intervenir dans leurs affaires!

Profitez de ces leçons, citoyens! Prenez courage! Et que tous ceux, qui ne font pas encore partie de notre Association, se fassent inscrire sans retard. Nous appelons à nous non seulement les tisserans, mais aussi tous les journaliers et journalières, car vous le voyez, si les tisserans demandent une rémunération d'heures de travail, c'est vous qui en profitez. Imitez vos camarades de peine, car il y en a déjà parmi vous qui se sont organisés. Et vous toutes, rentreuses, ourdiennes, piqueuses, nettoyantes etc., oui, tous et toutes venez en masse à notre association et faites-vous inscrire chez le caissier, Eugène Goet. Soyez tous membres de la société du textile allemand. S'il y a des réunions, allez-y sans crainte et ne vous préoccupiez pas de ce que diront les fabricants, car nul part, et en Allemagne, en particulier, on ne peut empêcher ces réunions; c'est là que vous apprendrez les droits de l'homme libre et que l'on fard on pourra vous aider. Car un jour viendra où les patrons, au lieu d'un portier, en mettront deux, un de chaque côté de la porte, avec un bâton à la main.

Que tous réalisent la belle devise qui est en tête du "Textil-Arbeiter":

Seul vous n'êtes rien,
Unis vous êtes tout!

Briefkasten.

W. Nienh. Auf Ausländer wird das Gesetz unseres Ge- schäfts nach seine Anwendung finden.

J. W. Holl. Bis zum vollendeten 18. Lebensjahr können junge Leute in Erziehung gegeben bzw. gehalten werden. Sie werden aber nur selten lange in einer Anstalt gehalten, sondern bald einer Familie in Erziehung gegeben. Natürlich kommt sie dort wie auch in der Anstalt Besuch empfangen und teilnehmen; ob sie auch Besuch machen können, wird von den jeweiligen Umständen abhängen. Wo überall solche Anstalten bestehen, können wir nicht ermitteln.

Mehrere Kollegen in R. Ihnen Versammlungsbericht können wir nicht annehmen.

R. Büttich. Aus gewissen Gründen könnten wir Ihnen Ar- beit in der ursprünglichen Form nicht bringen. — Abonnement- betrag haben wir erhalten.

Berichtigungen.

Au Nr. 25 ist ein Versammlungsbericht unter Meldorf ausstellt unter Vorbehalt veröffentlicht worden.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsaufschluss anzugeben. Jede Sendung muss mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Dasselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmung muss auch von der übrigen Sendung getrennt gehabt sein. Der Zentralvorstand.

Unseren Ortsverwaltungen

zur Nachricht, dass Agitation-Droschken in tschechischer, polnischer und italienischer Sprache noch vorräufig sind. Desgleichen auch Statutenanzüge in den genannten Sprachen. Auch die in deutscher Sprache herausgegebene Inter-Droschke ist noch zu haben.

Wir verweisen die Mitglieder darauf, dass die Orts- verwaltungen der nachstehend verzeichneten Orte kein einziges fremdsprachiges Exemplar bestellen, obwohl Betriebe in diesen Orten sind und obwohl diesen Ortsverwaltungen Probe-Exemplare zugesandt wurden mit der Aufforderung, etwaigen Bedarf zu decken;

Norwawed, Brandenburg, Garburg, Wilhelmsburg, Gemeinden, Herford, Colmar, Bischweiler, Bauhen, Cassel, Frey-stadt, Bitzan, Weisbach.

Bestellungen wolle man an die Zentralverwaltung richten.

Gauverwaltungen.

Bau Rechtscheinland, Weisbach und Groß-Gessen-Massen. Auf Beschluss der Gaukonferenz vom 24. März zu Mülheim a. Rh. wird der Gau auf am 1. Juli 1907 nach Düsseldorf verlegt. Die Filiale Düsseldorf wählt in ihrer Mitgliederversammlung am 8. Juni die Kollegen Aug. Spieß, Willh. Schmid, Arthur Künne und Lorenz Polgen zu Gauvorstandsmitgliedern. In seiner konstituierenden Sitzung bestimmte der Gauvorstand, dass Kollege Steinbrink als Gauvorsteher und Kollege Spieß als Stellvertreter fungieren sollen. Als Gau- kassier wurde Kollege Schmid und als Schriftführer die Kollegen Künne und Polgen bestimmt.

Auf 1. Juli sind an alle Buchstaben und sonstige Sendungen, welche den Gauvorstand betreffen, an die Adresse Aug. Steinbrink, Düsseldorf, Höhenstr. 47, Klug. 2, Sonnenstraße Ede, zu richten.

Alle Geldsendungen sind nur an die Adresse des Gaukassierers Willh. Schmid, Düsseldorf, Höhenstr. 31, zu richten.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen höflichst, von Vorstehenden genau Notiz zu nehmen und alle Sendungen (Dragebogen, Abrechnungen, Gabebeiträge usw.) pünktlich an die zustehende Adresse einzusenden.

J. A.: August Steinbrink.

Ortsverwaltungen.

Bamberg. Die Wohnung des Kassierers ist ab 1. Juli Stechenstr. 24. Bamberg. Alle Kollegen und Kolleginnen, die noch mit Wochenbeiträgen im Rückstande sind, fordern wir hierdurch auf, dieselben zu begleichen. Auch sind die Mitgliedsbücher, betreffs Kontrolle, an die Unterlassierer am Quartalschluss abzugeben.

Die Ortsverwaltung.

Göppingen. Die Geschäftsstelle unserer Filiale befindet sich ab 1. Juli Langstr. 15. Von 1. bis 4. Juli bleibt die Geschäftsstelle wegen Umzugs geschlossen. Die Ortsverwaltung.

Grünewald. Vom 1. Juli ab befindet sich das Verbandsbüro Gr. Bergstr. 16c.

Neugersdorf i. Sa. Das Mitgliedsbuch des Kollegen Adolph Berndt, Nr. 88341, eingetreten 16. August 1899 in Neugersdorf i. S., ist verloren gegangen. Es besteht der Verdacht, dass es entwendet worden ist. Wir bitten daher unsere Ortsverwaltungen, das Buch bei seinem Auftauchen einzutragen zu wollen.

Die Ortsverwaltung.

Nordhorn. Am Schluss des 8. Quartals werden die Mitt. Niederbücher durch die Unterlassierer zwecks Kontrolle eingezogen. Wer man daher rückständige Beiträge schulnigt begleichen.

Spremberg R.L. Ich ersuche die Mitglieder, ihre Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen, da sie in nächster Zeit zum Abstempeln von den Unterlassierern eingezogen werden. Restanten versallen dem § 4 unseres Verbandsstatuts.

Weitheyburg i. Bayern. Weisunterstützung wird hier nicht mehr gezahlt.

Wilhelmsburg i. G. 1. Vorsitzender: Karl Diehl, Al. Haupt 13 111; 1. Stellvert.: Ludwig Schubert, Fährstraße 62 111. Weise- und Straßengeld beim Vorsitzenden.

Wolfsburg. Die Geschäftsstelle befindet sich ab 1. Juli Fährstraße 6, Tel. 1818.

Die Geschäftsstelle ist besetzt. Allen Bewerbern besten Dank!

Die Ortsverwaltung.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Delmenhorst. Am 16. Juni Frau Marie Schiller — Schlag-ausfall.

Dörp. Am 2. Juni Anton Tillmann aus Österreich — ertrunken.

Hörst. 1. L. Adolf Lange, 21 Jahre alt; Gustav Puerbel, 33 Jahre alt; Selma Schneider, 28 Jahre alt.

Helenau. Am 12. Juni Franz Schubert, 20 Jahre alt — Unfall- und Herzstöpfleiden.

Hausen, Richard Heide, 38 Jahre alt.

Höppingen. R. G. Ritter, Al. Eislingen, 25 Jahre alt — Wagenleiden.

Horb i. S. Ernst Niedel, 42 Jahre alt — Selbstentzündung.

Konneburg. Bruno Melzer, 48 Jahre alt — allgemeine Schwäche.

Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

(Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden, finden keine Aufnahme mehr.)

Im Streit befinden sich bezw. sind ausgesperrt:

Syrienweber in:

Grimma i. S. (Wirkler), Plüscher, usw. in

Grefrees (Möller), Elberfeld (Koch u. Lutz).

In Bewegung ohne Streit befinden sich

Textilarbeiter und Arbeitnehmer in:

Chemnitz (David Richter), Textilarbeiter in:

Hof i. W. Stadtoldendorf (J. A. Moeschl Söhne),

Wesel (Gebr. August u. Schöne u. Böhme),

Sachsen (Meile, A.G.), Bramsche,

Weber in:

Landeshut (Schlesien), Unterarbeiter in:

Schiffbek, Hemelingen, Wolgarnspinner in:

Langenfeld, Von den in Berlin im Streit beginn. in Aussperrung gewesenen

ist über die Hälfte noch nicht wieder eingestellt. Die Kollegen anderorts werden deshalb in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, Berlin noch zu meiden.

Versammlungskalender.

A.-Ditzenbach. Sonntag, 7. Juli, nachmittags 5 Uhr, bei G. Feid, Altona, Bergstraße 186.

Berlin. Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Manschle, Blumenthalstr. 38; Bahnhof.

Berlin. Bahnhof: Niedersdorferstraße 18 bei Rud. Wittner.

Berlin. (Sektion der Delaireure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr bei Vollmann, Alte Jakobstraße 89; Bahnhof.

Berlin. (Sektion der Städter.) Jeden Freitag, abends von 8—10 Uhr bei Engel, Seydelstraße 80; Bahnhof.

Berlin. (Schiffchen- und Handsticker.) Jeden Sonnabend, abends von 7—9 Uhr bei Möller, Landsbergerstraße 115.

Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von

halb 6 bis 8 Uhr bei Ottie, Marchstraße 23; Bahnhof.

Berlin. (Für Moabit.) Bahnhof: Gothastraße 24 bei Kell.

Berlin. (Sektion der Mädels.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Berger, Bickenstraße 81; Bahnhof.

Berlin-Wilhelms. Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Lehderstraße 6; Bahnhof.

Bauhen. Sonnabend, 8. Juli, abends 8 Uhr, in Wüllner's Hotel,

in der Petrikirche 1; Bahnhof.

Bielefeld. Freitag, 6. Juli, abends 7 Uhr, bei Blome, Weberstraße 5.

Böckel. Sonntag, 30. Juni, vormittags 11½ Uhr, im "Bayerischen Hof"; Außerordentliche Generalversammlung.

Cannstatt. Sonnabend (Samstag), 6. Juli, bei Wausch, Olgastraße 98, Halsteinstr. 1. B.; Sonntag, 7. Juli, abends 7½ Uhr, im "Gärtnerhof".

Borchtem. Sonnabend (Samstag), 6. Juli, abends 8½ Uhr, bei Marg., Wiesenstraße 6.

Borsig. Sonnabend (Samstag), 6. Juli, abends 8 Uhr, bei Waffergasse 18.

Böhlitz. Sonnabend (Samstag), 6. Juli, abends 8 Uhr, bei Bl., Waffergasse 18.

Böhmisch-Schönau. Sonnabend, 6. Juli, abends 9 Uhr, im "Deutschen Haus", Oberfohr. Montag, 8. Juli, abends 8 Uhr, bei Fuhmann, Göbenstr.

Hohenleuben. Sonnabend, 6. Juli, bei Hermann Schäfer.

Kusen. Sonnabend (Samstag), 6. Juli, bei Johann Friedel.

Limbach. Sonnabend (Samstag), 6. Juli, abends 8½ Uhr, bei Schlosser.

Langerfeld. Sonnabend (Samstag), 6. Juli, abends 8½ Uhr, bei Buschhaus.

Lauban. Sonnabend, 6. Juli, abends 8½ Uhr, im "Gewerkschaftshaus", Breitestraße 18.

Liegnitz. Sonnabend, 6. Juli, abends 8½ Uhr, im "Gewerkschaftshaus", Hinterbleiche.

Mittweida. Sonnabend, 6. Juli, abends 9 Uhr, im "Rosengarten".

Mühhausen i. Thür. Sonnabend, 6. Juli, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus "Thüringer Hof".

M.-Gladbach. Montag, 1. Juli, abends 8½ Uhr, bei Heinrich Eber: Außerordentliche Generalversammlung.

Mülau i. B. Sonnabend, 6. Juli, abends 8½ Uhr, in der "Germania".

Neustadt a. d. Orla. Sonnabend, 6. Juli, abends 8½ Uhr, im Café Krüger.

Neustadt i. O.S. Sonnabend (Samstag), 6. Juli, abends 8 Uhr, im "Arbeitercasino"; Bahnhof.

Nieberschmeiße. Jeden Sonnabend von nachmittags 5 Uhr an bei Dietmann, Grünewalderstraße 5; Bahnhof.

Nischwitz. Jeden Sonnabend von 8 Uhr abends an bei Sternberg; Bahnhof.

Neukirch. Sonnabend, 6. Juli, abends 8½ Uhr, bei Möller, Bischofsstraße 14/15.

Neulingen. Sonnabend (Samstag), 6. Juli, abends 8 Uhr, im "Tiroser" (Dauscher).

Stolberg. Sonntag, 7. Juli, abends 8 Uhr, in Landgrafs Salo-

Straten-Mummelsburg. Jeden Freitag, abends 9 Uhr, bei Mümp-

ler, Stolzenallee 20a; Bahnhof.

Werden. Sonnabend, 6. Juli, abends 8½ Uhr, im "Verkeller".

Waldkirch-Küttigen, Sonnabend (Samstag), 6. Juli, abends 8 Uhr, in der "Gärtnerhalle".

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

ANZEIGEN

(Abstenbetrag ist im voraus zu entrichten, widergenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Geschäftsführer gesucht!

Die Filiale Neumünster 1. H. sucht zum 1. September einen Geschäftsführer. Gehalt 1000 M. Mediatische Erfahrung erforderlich. Bewerber müssen mindestens 8 Jahre dem Deutschen Textilarbeiter-Verband angehören und haben ihr schriftliches Gesuch nebst einer Abhandlung über die Aufgaben eines Geschäftsführers bis zum 5. Juli an den Vorsitzenden einzureichen.